

<u>Flüchtlingsrat</u>

Schleswig-Holstein e.V.

JAHRESBERICHT



Flüchtlingssolidaritätsarbeit in Schleswig-Holstein

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. ist der Dachverband der unabhängigen im Bundesland engagierten Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen der solidarischen Flüchtlingshilfe. Der Verein ist mit der Nummer 502 VR 4075 KI im Vereinsregister des Amtsgerichts Kiel eingetragen und vom Finanzamt Kiel als gemeinnütziger Träger anerkannt.

Die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins sind die Koordinierung und Vernetzung der Aktivitäten von Flüchtlingsinitiativen und politischen Aktionen, der Informationsaustausch, die Vertretung und Lobbyarbeit gegenüber Parteien, Landes- und Kommunalbehörden, die Durchführung von Schulungen und Bildungsmaßnahmen, die direkte Unterstützung von unbegleiteten, minderjährigen und anderen Flüchtlingsgruppen, sowie die antirassistische Öffentlichkeitsarbeit.

Sitz des Vereins: Oldenburger Str. 25 D-24143 Kiel

Tel.: 0431-735000 Fax: 0431-736077,

e-mail: office@frsh.de Internet: www.frsh.de

Spendenkonto: Flüchtlingsrat S.-H., EDG Kiel,

KtoNr.: 152 870, BLZ: 210 602 37

Förderung: Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein erhält Spenden, Mitgliedsbeiträge und wurde 2005 gefördert durch das Land Schleswig-Holstein, die Bundesregierung, die Europäische Union, BingoLotto, die Stiftung Aktion Mensch, den Förderverein PRO ASYL e.V., die Bundesagentur für Arbeit, die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V. und Terres des Hommes.

Erscheinungsdatum des Jahresberichts: 15. Juni 2006

JAHRESBERICHT FLÜCHTLINGSRAT SCHLESWIG-HOLSTEIN 2005

INHALT

DEI	D 1/	ED	ETN
PEI	7 V	EK	ETIJ

	Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.	4
	Who is who in Verein und Geschäftsstelle im Jahr 2005	5
	Lobby und Unterstützung von Flüchtlingen 2005	6
5	SOLIDARITÄT UND LOBBY-ARBEIT	
	Öffentlichkeitsarbeit	7
	Pressemitteilungen	8
	Politische Initiativen, Themen und Projekte	10
	Beratung - Schulung - Kooperation - Behördenkontakte	11
	Veranstaltungen und Aktionen 2005	12
F	PROJEKTE UND ARBEITSBEREICHE	
	Projekt Brise - Qualifizierung von Ehrenamtlichen	13
	Antidiskriminierung und Integration für Flüchtlinge	14
	EQUAL-Entwicklungspartnerschaft perspective - Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein	14
	Teilprojekt restart - Beruflicher Neuanfang für Flüchtlinge in den Bereichen Medien und soziale Einrichtungen	15
	EQUAL-Entwicklungspartnerschaft "Land in Sicht!" Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein	16
	Koordination der EP "Land in Sicht!"	16
	Inhouse Schulungen - Teilprojekt zur Förderung der interkulturellen Öffnung	17
	InfoNet - Teilprojekt Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein	18
	MOLE - Teilprojekt Transnationale Kooperation	18
	Entwicklungspartnerschaft NOBI	19
	access - Agentur für Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge und MigrantInnen	19
	lifeline - Vormundschaftsverein	20
1	NETZWERKE UND ZUSAMMENARBEIT	
	Koordination des Bündnisses Bleiberecht Schleswig-Holstein	21
	Baltic Refugee Net - Ostseekooperation in der Flüchtlingshilfe	21
	NISCHE Netzwerk Illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein	22
	Bericht der Vertreter des Flüchtlingsrates SH in der Härtefallkommission, Arno Köppen u.a	23
ļ	ANHANG	
	Satzungsauszug - der Vereinszweck	25
	Beitrittsformular	25
	Leitbild des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein	26



Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. wurde 1989 gegründet und besteht als im Kieler Vereinsregister unter 502 VR 4075 KI eingetragener Verein seit 1991. Er ist ein unabhängiger Zusammenschluss von Initiativen, Gruppen, Organisationen sowie Einzelpersonen der solidarischen Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein. Grundlage der Arbeit ist die Satzung und das im Jahr 2004 beschlossene Leitbild (S. 26).

Die jährliche ordentliche Mitgliederversammlung fand am 26.2.2005 in Kiel statt. Unter anderem diskutierten die Mitglieder mit Gästen der Flüchtlingsräte aus Baden-Württemberg und Brandenburg künftige Strategien der landesweiten Flüchtlingssolidarität, der Menschenrechts- und Lobbyarbeit.

Der Flüchtlingsrat berät und unterstützt seine Mitglieder, Migrationseinrichtungen, Flüchtlings- und Exilorganisationen. Seine Satzung weist den Verein aus als Träger themen- und zielgruppenspezifischer Projektarbeit, von Bildungs- und Schulungsangeboten sowie als Koordinator bündnisgetragener Kampagnen und eigener Maßnahmen der flüchtlings- und migrationspolitischen Öffentlichkeitsarbeit.

Bündnis- und Netzwerkstrategien sind Programm: Der Flüchtlingsrat ist Mitglied der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL e.V., in den bundesweiten Netzwerken der Landesflüchtlingsräte und der EQUAL-Asyl- Entwicklungspartnerschaften. Im Rahmen landesweiter Vernetzung und im Zuge von Beratungsprozessen, bei der Planung und Durchführung von Projekten und Veranstaltungen kooperiert der Flüchtlingsrat regelmäßig u.a. mit Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechtsorganisationen, Selbstorganisationen von Flüchtlingen und MigrantInnen, Parteien, Behörden und regionalen politischen Aktionsgruppen. Der Flüchtlingsrat ist Gründungsmitglied des Bündnisses Bleiberecht Schleswig-Holstein und des Netzwerkes illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein (NISCHE). Der Verein ist Mitglied im Ökumenischen Landesarbeitskreis Asyl in der Kirche und ist vertreten im Flüchtlingsausschuss der nordelbischen Kirchenleitung.

Der Flüchtlingsrat ist als gemeinnütziger Träger anerkannt und finanziert seine Arbeit u.a. aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, durch institutionelle und projektbezogene Landesförderung, durch Bingo Lotto-Mittel, sowie durch Fördermittel der Europäischen Union (EFF, EQUAL), des Bun-



des, vom Förderverein PRO ASYL, von der Stiftung Aktion Mensch, der Deutschen Stiftung UNO-Flüchtlingshilfe, von Terre des Hommes und anderen Drittmittelgebern.

Sitz des Vereins und der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein und der im Folgenden benannten Projekte ist die Oldenburger Str. 25, 24143 Kiel-Gaarden (T. 0431-735 000, office@frsh.de, www.frsh.de). In den Räumen Sophienblatt 64a, 24114 Kiel-Mitte, befanden sich bis Juni 2005 Büro- und Unterrichtsräume für das EQUAL-Teilprojekt *restart*.

Die beiden gemeinnützigen Vereine FÖRDERVEREIN Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. (VereinsregisterNr 502 VR 4094 KI) und lifeline – Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. (VereinsregisterNr 502 VR 4516 KI) haben ebenfalls ihren Sitz in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates. Der FÖRDERVEREIN sammelt Spenden für die Flüchtlingshilfe. Der Verein lifeline hat im Berichtszeitraum Vereinsvormundschaften für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge übernommen und private VormünderInnen begleitet und geschult. Über beide Vereine geben jeweils spezielle Seiten auf der homepage des Flüchtlingsrates Auskunft: www.frsh.de.

> Elisabeth Hartmann-Runge Arno Köppen Gisela Nuguid

Haushalt und Förderung

Der Haushalt des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein belief sich 2005 auf ca. 700.000 € für die eigenen Arbeitsbereiche und Projekte. Darüber hinaus hat der Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum als Zuwendungsempfänger der EQUAL-Entwicklungspartnerschaften Asyl 435.000 € an Fördermitteln zur Weiterleitung an Kooperationspartner erhalten.

Es ist dem Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum mit Wirkung darüber hinaus (z.T. bis Ende 2008) gelungen, die vom Land Schleswig-Holstein zugesprochene institutionelle und Projektförderung als Kofinanzierung einzusetzen und auf diesem Wege verbindlich EU-Fördermittel (Europäischer Sozialfonds, Europäischer Flüchtlingsfonds) z.T. bis Ende 2008 zu binden.

Über die Landesförderung seitens Innenministerium und Sozialministerium hinaus erhielt der Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum neben Spenden und Mitgliedsbeiträgen Zuschüsse von BingoLotto, der Stiftung Aktion Mensch, der Deutschen Stiftung UNO-Flüchtlingshilfe, vom Förderverein PRO ASYL e.V., von Terre des Hommes, von der Bundesagentur für Arbeit und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales.



Who is who

in Verein und Geschäftsstelle im Jahr 2005

Vorstand: Vereinsvorsitzende ist Pastorin *Elisabeth Hartmann-Runge*, Ökumenebeauftragte im Kirchenkreis Lübeck.

Stellvertretender Vorsitzender ist Rechtsanwalt **Arno Köppen**, aus Tellingstedt. Kassenwartin ist **Gisela Nuguid**, Migrationss ozialberaterin aus Norderstedt.

Das **Team der Geschäftsstelle** und der Projekte des Flüchtlingsrates setzte sich im Berichtszeitraum wie folgt zusammen:

- Martin Link, Geschäftsführung.
- Gabriele Köhler und Marzena Watroba, Verwaltung.
- Claudia Langholz, Koordination der EQUAL-EPn perspective und Land in Sicht! sowie des transnationalen Kooperationsnetzwerkes MOLE.

- *Naciye Demirbilek*: Finanzkoordination der EP *Land in Sicht!* und Koordination des Teilprojektes *inhouse-Schulungen*.
- Silke Dietrich, Koordination des Land-in-Sicht-Teilprojektes InfoNet
- **Sabine Wollenhaupt**, Finanzcontrolling in der EQUAL EP *Land in Sicht!*.
- Astrid Willer, bis 6/05 Koordination TP restart u. Geschäftsstelle FRSH; seit 7/05 Koordination des Teilprojektes access in der EQUAL-EP NOBI.
- Farzaneh Vagdy-Voß, bis 6/05 Beratung im TP restart; seit 7/05 Finanzkoordination & Beratung im Teilprojekt access.
- **Bernhard Karimi** (bis 6/05), EFF-Projekt Brise, Abschiebehaftberatung, EDV-Administration.

• Marianne Kröger, lifeline -Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

In der Härtefallkommission des Landes Schleswig-Holstein war der Verein im Berichtszeitraum vertreten durch die Migr ationssozialberaterin Silke Nissen, Drage, Rechtsanwalt Arno Köppen, Tellingstedt, Mi grationssozialberaterin Leman Rüschemeier, Bargteheide, und Solveigh Deutschmann, Nortorf.

Martin Link



Erstmalige Preisverleihung des "Leuchtturms des Nordens", des Preises vom **Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein** für herausragendes Engagement in der Flüchtlingssolidarität. Preisträger im lahr 2005 war der scheidende **UNHCR-Vertreter in** Deutschland, Prof. Stefan Berglund.



Lobby und Unterstützung von Flüchtlingen in 2005

Der Flüchtlingsrat hat sich im Berichtsjahr 2005 jeweils in Kooperation mit Anderen sowohl landesweit mit Blick auf die Landtagswahl und Regierungsbildung sowie bundesweit im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahl in zahlreichen Veranstaltungen sowie publizistisch und presseorientiert lobbyistisch und versachlichend in die öffentliche flüchtlings- und migrationspolitische Debatte eingebracht.

Das Berichtsjahr war das erste Jahr der Anwendung des neuen Zuwanderungsgesetzes (ZuwG) und des geänderten §42 SGB VIII was sich in der Arbeit des Vereins und seiner Geschäftsstelle durch deutlich gestiegene Einzelfallberatungsnachfragen aus dem Kreis der Mitglieder und anderer in der Beratung und Unterstützung von Flüchtlingen Engagierter spürbar wurde. Darüber hinaus wurde vom Flüchtlingsrat durch Bereitstellung verschiedener Schulungs- und Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche und andere MultiplikatorInnen in der Flüchtlingsund Migrationsberatung auf die veränderten Gesetzeslagen reagiert. In den regelmäßigen Gesprächen mit den Fachaufsichten und obersten Landesbehörden bemühte sich der Flüchtlingsrat insbesondere mit Blick auf geduldete Flüchtlinge und Kinderflüchtlinge um eine ermessenspositive Verwaltungspraxis und machte bisweilen erfolgreich sein Interesse an einer entsprechend geeigneten Erlasslage deutlich.

Mit besonderem Fokus auf die insbesondere gegen ausreisepflichtige Flüchtlinge wirkenden Konsequenzen der neuen Rechts-

und Verordnungslagen hat der Flüchtlingsrat im Berichtsjahr seine Mitarbeit im Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein intensiviert und sein Engagement in der Härtefallkommission des Bundeslandes auf neuer bundesgesetzlicher Grundlage fortgesetzt.

Mit dem erfolgreichen Abschluss der **EQUAL-Entwicklungs**partnerschaft perspective und der Fortführung systematischer Projektarbeit im Zuge der Entwicklungspartnerschaften von Land in Sicht! und NOBI ist es dem Flüchtlingsrat gelungen, weitere Projektförderung in Schleswig-Holstein zu etablieren und den Bedarf an nachhaltiger Ausbildungs- und Arbeitsintegrationsförderung auch für Flücht-

linge öffentlich bekannt und nachvollziehbar zu machen.

Im Berichtsjahr ist eine landesweite Arbeitsgruppe entstanden, in denen Minderheiten-Lobbygruppen, Landesbeauftragte, der

EUROPÄISCHE GENEINSCHAFT
BUNDESREPUBLIK
DOITSCHLAND

TOLLER
REISE PASS

Flüchtlingsrat und andere NGOs Strategien und Konzepte diskutierten, die in Folge eines erwarteten Antidiskriminierungsgesetzes in Schleswig-Holstein zur Umsetzung kommen können

Gelungen ist im Berichtszeitraum die Zusammenarbeit bei der Informations- und Veranstaltungsarbeit mit Selbstorganisationen der Flüchtlinge zu intensivieren. Themen waren in diesem Zusammenhang insbesondere die Lage in den Herkunftsländern Afghanistan, Irak und Türkei, die eskalierende Widerrufpraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge oder die Forderungen nach gruppenbezogenen oder gesetzlichen Bleiberechtsregelungen.

Die Funktion der Geschäftsstelle als Börse für Informationen, Rat und Materialbezug in flüchtlings- und integrationsspezifischen Problem- und Themenbereichen ist im Berichtszeitraum deutlich stärker geworden. Die Kolleginnen in der Verwaltung nehmen täglich zig telefonische und Mail-Anfragen von Beratungsbedürftigen entgegen, vermitteln an ehrenamtliche Mitarbeit Interessierte oder versenden landes- und bisweilen bundesweit Materialien für die Einzelfall- oder Öffentlichkeitsarbeit.



Ministerpräsident Carstensen begrüßt die tschechischen und slowakischen Kooperationspartner der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft *Land in Sicht!*

Martin Link



Öffentlichkeitsarbeit

Der Schlepper

Das Quartalsmagazin **DER SCHLEPPER** erschien in 2005 mit den Ausgaben Nr. 31, Frühjahr 2005, Schwerpunkt Kinderflüchtlinge; Nr. 32, Sommer 2005, Sonderheft "Flüchtlingsräte zur Bundestagswahl 2005" und Nr. 33, Herbst 2005, Schwerpunkt Europäische Abschottung.

Alle Ausgaben sind zeitgleich auf der web-Seite Der Schlepper-online ins Internet gestellt worden: www.frsh.de. Der Schlepper erscheint regelmäßig mit einer Auflage von 1.600 Exemplaren. Das Heft Nr. 32 zur Bundestagswahl wurde in Kooperation mit den anderen Landesflüchtlingsräten bei uns redaktionell erstellt, in Kiel gedruckt und bundesweit mit ca. 4.000 Exemplaren verbreitet.

Internet

Die internetgestützte Öffentlichkeitsarbeit wurde im Berichtszeitraum weiterhin auf hohem Niveau nachgefragt. Die Homepage www.frsh.de des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V. wurde in kurzen Fristen regelmäßig aktualisiert und erweitert und bietet mit Zugängen zu den Web-Seiten der EQUAL-Entwicklungspartnerschaften perspective, Land in Sicht!, zum Ostseenetzwerk Baltic-Refugee.net, zum FÖRDERVEREIN oder zum Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein (www.hiergeblieben.info) ein vielfältiges Informationsangebot. Im Berichtszeitraum wurde das Dateiangebot an amtlichen Dokumenten erheblich ausgebaut (HFK, Erlasse, behördliche Stellungnahmen, Richtlinien, Gesetzentwürfe, etc.).



Im Zeitraum 2/05 bis 1/06 haben auf den Serverbereich der Seite frsh.de 91.600 BesucherInnen (Vorjahr: 66.500) mit 778 500 Dateianfragen (Vorjahr: 809 442) zugegriffen.

Die Homepage der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft Land in Sicht! mit Informationen über die verschiedenen Qualifizierungsangebote, Veranstaltungen, Pressearbeit, bundes- und europaweite Vernetzung, hat den Internetauftritt der EP perspective abgelöst. Die web-Seiten der EP perspective sind indes weiterhin zugänglich.

Die Homepage des Ostseekooperationsnetzwerkes *Baltic-Refugee.net* mit Informationen zur Asyl- und Ausländerrechtslage in allen Ostseeanrainerländern, Adressen, Materialhinweisen, online-Publikationen, etc., ist im Berichtszeitraum aktualisiert worden. Die Ostsee-Mailingliste vernetzt TeilnehmerInnen aus allen Ostseeanrainerländern.

Die "Mailingliste Schleswig-Holstein" besteht seit 2000. Bis Ende 2005 hatten sich 270 Nutzerlnnen (25 % Steigerung gegenüber Vorjahr) eingetragen. Schwerpunkt ist die Multiplikation von Informationen und Materialien für die politische, soziale und juristische Unterstützungsarbeit im Bundesland Schleswig-Holstein. Im Berichtszeitraum wurden über die Liste 450 Nachrichten und Dokumente (38 % Steigerung gegenüber Vorjahr) versandt.



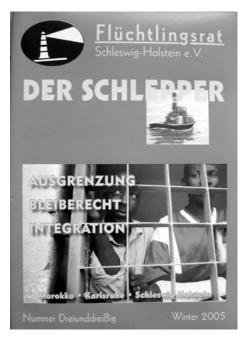
Presse

Diverse Presse- und Medienveröffentlichungen konnten im Berichtszeitraum realisiert werden (S.8 u. 9). Der Flüchtlingsrat wird inzwischen mehrmals wöchentlich von JournalistInnen verschiedener Printund Funkmedien zu regionalen oder auch bundesweiten flüchtlingspolitischen Themen befragt und um Stellungnahmen gebeten. Der Aufgriff von Presseerklärungen des Flüchtlingsrates hat in Schleswig-Holstein spürbar zugenommen. Der Presseverteiler des Flüchtlingsrats enthielt Ende des Berichtszeitraums 150 Medienadressen.

Sonstige Publikationen

Der Flüchtlingsrat hat im Berichtszeitraum gemeinsam mit PRO ASYL und den anderen Landesflüchtlingsräten zwei auflagenstarke Broschüren zu "Familientrennung durch Abschiebung" und "Widerrufverfahren" herausgegeben, die bundesweit vertrieben worden sind. Des weiteren hat der Verein die Dokumentation "Steine ins Rollen gebracht" und den Evaluationsbericht zu den Erfahrungen und Ergebnissen der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft herausgebracht

Martin Link



SOLIDARITÄT UND LOBBYARBEIT



Pressemitteilungen

(www.frsh.de/prese.html)

11.1.2005	Spenden ja – Flüchtlinge aufnehmen nein? Schleswig-Holstein will Familie mit Kleinkind in das Flut-zerstörte Sri Lanka abschieben! Flüchtlingsrat fordert Abschiebungsstopp
11.1.2005	Abschiebung tamilischer Familie nach Sri Lanka ausgesetzt Es handelt sich dabei um eine Einzelfallentscheidung aufgrund eines Folgeantrages, den die Familie gestern unter Hinweis auf die Flutkatastrophe gestellt hat.
29.1.2005	Ausgrenzung von Flüchtlingen fördert rassistische Gesinnungspflege! Kundgebungsbeitrag des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein bei der Anti-Nazi-Demonstration am 29.1.2005 in Kiel
31.1.2005	Vorsitzender des Rats für Migration macht traditionelle Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft für Misslingen der Integration verantwortlich. Landtagsabgeordnete diskutieren vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl am 2.2.2005 in Kiel
5.3.2005	Brief an SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Schleswig-Holsteiner Bündnis fordert von künftigen Koalitionären Bleiberecht für Flüchtlinge
16.3.2005	Zwei Jahre nach dem Friedrichstädter Kirchenasyl: Verwaltungsgericht stellt bei der Kurdin Yardimci Abschiebungshindernisse fest!
1.4.2005	Zum europaweiten Aktionstag für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht am 2. April: Oberlandesgericht Schleswig und Kieler Flüchtlingsrat fordern: Im Zweifel für die Reisefreiheit!
7.4.2005	Offener Brief an Koalitions-Verhandler: Schleswig-holsteinisches Bündnis fordert Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge
8.4.2005	Messe Hannover: Staatsempfang für Menschenrechtsverletzer? Putin und tschetschenische Staatsführung werden von Kanzler Schröder empfangen
27.4.2005	Familienfreundliches Deutschland? Neumünsteraner Abschiebung: Eltern in den Kosovo, fünf erwachsene Kinder bleiben hier.
11.5.2005	Härtefallregelung auf dem Prüfstand Kurdische Familie klagt gegen Ablehnung ihres Härtefallantrags durch den schleswig-holsteinischen Innenminister
13.5.2005	Schockiert und beunruhigt Afghanische Flüchtlinge in Schleswig-Holstein schauen auf Hamburger Abschiebeversuche
27.5.2005	Bei Nacht und Nebel: Flüchtlingsrat protestiert gegen gewaltsame Abschiebung einer kurdischen Familie aus Norderstedt
6.6.2005	Im Vorfeld der Stuttgarter Innenministerkonferenz am 23. Juni 2005: Aktionstag am 8.6.2005: Solidarität mit langjährig geduldeten Flüchtlingen auch in Kiel!
8.6.2005	Abschiebung der kurdischen Familie Özdemir aus Norderstedt: Landesflüchtlingsbeauftragter: nicht vertretbar und rechtlich unzulässig! Ärztekammer und Refugio e.V. verurteilen den Vollzug der Abschiebung einer schwer traumatisierten Frau
15.6.2005	Abschiebung der Familie Özdemir: Härtefallkommission und Verwaltungsgericht angerufen. Norderstedter Schüler appellieren an Ausländerbehörde: "Hadin Özdemir soll nicht abgeschoben werden!"
17.6.2005	Zum Internationalen Tag des Flüchtlings 2005: Anerkennung und Umsetzung des Minderjährigenschutzes in Schleswig-Holstein! Kinderrechte sind unteilbar!
20.6.2005	Zum Internationalen Tag des Flüchtlings 2005: Innenminister unter Zugzwang - Forderung nach Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge breit getragen. Im Vorfeld der Stuttgarter Innenministerkonferenz am 23. Juni 2005 werden am Montag 6.000 Unterschriften dem schleswig-holsteinischen Innenministerium überreicht. Bundesweit fordern 300 Kulturschaffende eine Bleiberechtsregelung.
24.6.2005	Abschiebung von geduldeten Flüchtlingen Stuttgarter IMK lehnt Schilys Vorschlag einer Bleiberechtsregelung für Minderjährige und ihre Familien ab. In Schleswig-Holstein werden heute auch Vater und Sohn Özdemir abgeschoben.

SOLIDARITÄT UND LOBBYARBEIT

1.7.2005	Segeberger Ausländerbehörde bleibt sich treu: Ausländeramt holt traumatisierten Kurden zur Abschiebung aus der Psychiatrie Ehemaliger hessischer Innenminister hält in vergleichbaren Fällen zivilen Ungehorsam für legitim.	
14.7.2005	Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein begrüßt Kirchenwort zur rechten Zeit Nordelbische Kirche fordert verbesserte asylamtliche Praxis bei gewalttraumatisierten Flüchtlingen	
19.9.2005	Flüchtlingsräte protestieren gegen länderübergreifende Pläne zur Kasernierung von Flüchtlingen Aufruf zur Demonstration gegen die Lagerpläne am Sonntag, den 25. September, in Horst/Nostorf	
20.9.2005	Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein fordert zum Weltkindertag: "Abschiebung von schulpflichtigen Kindern stoppen!"	
29.9.2005	Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und PRO ASYL zum Tag des Flüchtlings 2005 Flüchtlingsorganisationen fordern großzügige Bleiberechtsregelung für Geduldete	
18.10.2005	Erfolgversprechender Auftakt der EQUAL-Qualifizierungsprojekte für Flüchtlinge Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, Landtagsvizepräsidentin Ingrid Franzen und UNHCR-Vertreter Stefan Berglund würdigen das Engagement der schleswig-holsteinischen EQUAL-Entwicklungspartnerschaft Land in Sicht!	
1.11.2005	Katastrophale Sammelunterkunft in Gudow wurde ausgebaut und frisch getüncht Flüchtlingsrat fordert Privatunterbringung von Flüchtlingen statt Ausbau von Gemeinschaftsunterkünften!	
10.11.2005	Bleiberecht für langjährig Geduldete: Vorschläge für eine humane Lösung werden ausgebremst FLÜCHTLINGSRAT und PRO ASYL: Thema ungeeignet zur parteipolitischen Profilierung	
1.12.2005	Flüchtlingsrat kritisiert Pläne des Innenministers für ein Ausreisezentrum in Neumünster Kasernierung von Asylsuchenden, deren "Anträge absehbar keine Erfolgsaussichten haben"	
7.12.2005	Appell an IM Ralf Stegner zur Innenministerkonferenz in Karlsruhe: Glückspiel nach dem Motto "Wer zu spät kommt, fliegt raus"?! Flüchtlingsrat fordert bedarfsgerechte Bleiberechtsregelung anstatt unzureichender Vorschläge des NRW-Innenministers	
8.12.2005	Innenministerkonferenz: Totale Blockade aus Bayern & Niedersachsen gegen Bleiberechtsregelung Flüchtlingsrat: "Schwarzer Block destruktiver Verhinderungsminister will zurück in die flüchtlingspolitische Steinzeit!"	
9.12.2005	Ergebnisse der Innenministerkonferenz in Karlsruhe sind ein integrationspolitisches Armutszeugnis! Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und PRO ASYL fordern Abschiebemoratorium bis zur Einigung	
12.12.2005	Tschetschenischer Menschenrechtsaktivist zu Gast in Kiel "Der Krieg geht weiter - keine Entspannung der Situation in Tschetschenien." Imran Ezheev zur sog. inländischen Fluchtalternative für tschetschenische Flüchtlinge in Russland	

Diskussionsveranstaltung am 2.2.2005 in Kiel anläßlich der schleswig-holsteinischen Landtagswahl





Politische Initiativen, Themen und Projekte

Bundestagswahl 2005

Der Flüchtlingsrat hat im Sommer 2005 federführend für die Landesflüchtlingsräte ein gemeinsames Positionspapier "Flüchtlingsschutz garantieren – Menschenrechte respektieren!" mit einem Flüchtlingspolitischen Forderungskatalog zur Bundestagswahl 2005 im Magazin "Der Schlepper" Nr. 32 und im Internet veröffentlicht und landesweit den Parteien und relevanten MultiplikatorInnen zugänglich gemacht.

Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder

Im Berichtsjahr hat der Flüchtlingsrat mit Blick auf die Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder (IMK) insbesondere die Forderung nach einer Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete in Gesprächen mit Vertretern des Landesinnenministers, in der Pressearbeit und im Zuge von Veröffentlichungen im Magazin **Der Schlepper** vertreten und in Kooperationen mit dem Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein und mit PRO ASYL öffentlich gemacht.

Landespolitische Themen

Gegenüber dem Kieler Innenministerium hat der Flüchtlingsrat eine Stellungnahme zum Entwurf des Rahmenkonzepts Migrationssozialberatung vorgelegt. Ebenso war der Flüchtlingsrat um Einflussnahme bemüht hinsichtlich der Erlasslage des Landes zu den Themen Widerruf, humanitäre Einzelfälle, Härtefallkommission und EQUAL-Teilnahme.

Zu den Anfang Dezember bekannt gewordenen Plänen des Kieler Innenministeriums, aus Auslastungsgründen die Verbleibzeiten der Flüchtlinge in den Zentralen Gemeinschaftsunterkünften (ZGU) in den Kasernen in Lübeck und Neumünster zu verlängern sowie dazu, eine sog. "Gemeinschaftsunterkunft für ausreisepflichtige Ausländer", die vergleichbar der Praxis der in anderen Bundesländern bestehenden Ausreisezentren auf dem Gelände der Kaserne des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten in Neumünster einzurichten, hat der Flüchtlingsrat öffentlich ablehnend Stellung bezogen.

Kieler Landtag

Das Team der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats stand im Berichtszeitraum im Austausch mit Mitgliedern verschiedener Fraktionen im Kieler Landtag. Themen waren dabei: Meinungsaustausch zu flüchtlingspolitisch relevanten Fragen (Bleiberechtsregelung, Zuwanderungsgesetz, Härtefallkommission, Abschiebungshaft, Verwaltungshandeln bei Unterbringung und aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge etc.).

Der Ministerpräsident und die stellvertr. Landtagspräsidentin haben in einem Grußwort zur Auftaktveranstaltung der Entwicklungspartnerschaft *Land in Sicht!* das erfolgreiche Engagement des Flüchtlingsrates in der Qualifizierung von Flüchtlingen positiv gewürdigt.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hat im Berichtszeitraum die gute Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des schleswig-holsteinischen Landtages bei der Lobbyund Öffentlichkeitsarbeit fortgesetzt.



Stefan Berglund, UNHCR, Preisträger des "Leuchturms des Nordens" 2005

"Leuchtturm des Nordens"

Der Flüchtlingsrat hat im Herbst 2005 erstmalig den "Leuchtturm des Nordens", den Preis des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein für herausragendes Engagement in der Flüchtlingssolidarität, vergeben. Preisträger war der scheidende UNHCR-Vertreter in Deutschland, Prof. Stefan Berglund. Der Preis soll künftig jährlich an Personen verliehen werden, die sich in besonderer Weise um die unabhängige Flüchtlingssolidarität im nördlichsten Bundesland verdient gemacht haben.

lifeline e.V. – Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein

Unter dem Dach des Flüchtlingsrates hat im Berichtszeitraum der Verein lifeline e.V. Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein seine Arbeit aufgenommen. Der Verein übernimmt Vereinsvormundschaften für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge und begleitet private VormünderInnen in allen relevanten Fragen. In Einzelfällen werden Kinderflüchtlinge beraten. Die Mitarbeiterin des Vereins lifeline e.V. befindet sich im regelmäßigen Austausch mit VertreterInnen der kommunalen und Landesbehörden. Die über das Hj. 2005 hinausgehende Finanzierung seitens des Landes Schleswig-Holstein war allerdings bei Jahresabschluss unsicher.

Berufliche Qualifizierung von Flüchtlingen ohne Bleiberecht

Die vom Flüchtlingsrat seit 2002 koordinierte EQUAL Entwicklungs-partnerschaft *perspective* wurde im Juni 2005 abgeschlossen. Die Förderung des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die zweite EQUAL-Förderperiode (2005-2007) ist im Berichtszeitraum für die EQUAL-EP *Land in Sicht!* zur Durchführung von Projekten der beruflichen Qualifizierung von Flüchtlingen ohne Bleiberecht bewilligt worden.

Gleichzeitig hat der Flüchtlingsrat in einem länderübergreifenden nordeutschen Netzwerk (NOBI) mit einem weiteren EQUAL-Teilprojekt access ein Integrationsangebot geschaffen, das insbesondere auf bleiberechtsgesicherte Flüchtlinge zielt.

Damit hat der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein im Berichtszeitraum seinen Schwerpunkt im Themenbereich der integrationsorientierten beruflichen Qualifizierung für Flüchtlinge ausbauen können.

Martin Link



Beratung - Schulung - Kooperation - Behördenkontakte

Beratung & Schulung

Die Mitgliederzahl des Flüchtlingsrates konnte im Berichtszeitraum trotz angeblich zurückgehender Flüchtlingszahlen auf hohem Niveau mit 140 Gruppen und Einzelpersonen stabil gehalten werden. Dies spiegelt sich auch in der weiterhin hohen Nachfrage an Beratungen und an beratungsrelevanten Materialien und Informationsangeboten seitens UnterstützerInnen und Betroffenen.

Im Berichtszeitraum hat der Flüchtlingsrat daraufhin mit fünfzehn landesweiten Veranstaltungsangeboten einen Schwerpunkt in der Fortbildung und Schulung von Ehrenamtlichen und anderen MultiplikatorInnen in der Flüchtlingshilfe gesetzt.

FORUM des Flüchtlingsrats

Der SprecherInnenrat des Flüchtlingsrats tagte letztmalig am 19.01.2005 in Kiel (Thema u.a.: Film und Video in der Flüchtlingssolidarität). Die Mitgliederversammlung 2005 hat beschlossen, dass der SprecherInnenrat künftig nicht mehr in der altbekannten Form zusammentreffen solle. An seiner statt hat die Mitgliederversammlung das FORUM des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein geschaffen, dass ein- bis zweimonatlich an wechselnden Orten im Bundesland tagt. Eingeladen dazu sind neben den Mitgliedern des Flüchtlingsrates und Kooperationspartnern v.a. lokale Initiativen und Gruppen sowie alle Interessierten. Der Landesflüchtlingsbeauftragte nimmt regelmäßig an den Sitzungen teil. Die Protokolle der Sitzungen können in der Geschäftsstelle eingesehen werden.

- Das FORUM tagte am 27.04.2005 in Kooperation mit dem Verein Begegnungsstätte
 Lohgerberei in Mölln (Thema: "Wohnst
 Du schon, oder bist Du noch untergebracht? Unterbringung von Flüchtlingen
 am Beispiel Gudow");
- am 9.06.2005 im Mahnwachenzelt des Netzwerks Asyl auf dem Rendsburger Theaterplatz (Themen: "Abschiebungen von Familien; Abschiebung kranker und/oder traumatisierter Menschen");
- am 19.09.2005 in Kooperation mit dem Lübecker Flüchtlingsforum mit Gästen der FRe aus HH und M-V im Lübecker Rathaus (Themen u.a.: "Was folgt aus der geplanten Zusammenlegung der EAEn aus Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern in Horst?", "Pläne zur EAE in Lübeck")
- und am 16.11.2005 in Kooperation mit der *Initiative Patchwork* im Kreishaus in **Husum** (Themen u.a.: "Möglichkeiten der Integrationsförderung am Beispiel von

EQUAL-Land in Sicht!"; "Perspektiven nach Landtags- und Bundestagswahl für die Flüchtlingssolidaritätsarbeit").

Bei den FOREN wurde sowohl die Situation für Flüchtlinge und UnterstützerInnen in den Kreisen und kreisfreien Städten und mit Blick auf das Land erörtert sowie Initiativen des Flüchtlingsrates in Richtung (Landes)Regierung, Verwaltungen und/oder Öffentlichkeit verabredet.

Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein

Der Flüchtlingsrat hat in Kooperation mit dem Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein die Kampagne für das Bleiberecht von langjährig Geduldeten in Schleswig-Holstein weitergeführt und die Arbeit koordiniert (www.hiergeblieben.info).

Vernetzung

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hat im Berichtszeitraum intensiv Netzwerkarbeit betrieben: So war er bei allen Sitzungen der Bundesweiten AG für Flüchtlinge PRO ASYL e.V. und bei den regelmäßigen Treffen der Landesflüchtlingsräte vertreten. Themen dort waren u.a.

- Austausch zur Anwendungspraxis des Zuwanderungsgesetzes in den Ländern;
- Kritische Befassung mit staatlicher oder NGO-getragener Rückkehrberatung für geduldete Flüchtlinge;
- Entwicklung der EU-Richtlinien;
- Aktionen zur Bleiberechtskampagne und zur Innenministerkonferenz;
- Verabredung gemeinsamer Publikationen und anderer Öffentlichkeitsarbeit.

Ebenso war der Flüchtlingsrat bzgl. der Entwicklungspartnerschaften LandinSicht! und NOBI auf Bundesebene in den Thematischen EQUAL-Netzwerken beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales und mit seinem Verein lifeline e.V. im Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge vertreten.

Schließlich arbeiten VertreterInnen des Flüchtlingsrates im Netzwerk illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein (NISCHE), im Nordelbischen Arbeitskreis Asyl in der Kirche sowie im Flüchtlingsausschuss der Nordelbischen Kirchenleitung mit. Themen waren hier u.a. die Situation sog. "illegaler" Flüchtlinge, sog. Kirchenasyle, der Verwaltungsumgang mit Traumatisierten und die Rückkehrgefährdung in Afghanistan und anderen Herkunftsländern.

Kieler Innenministerium

Im Kieler Innenministerium führte der Flüchtlingsrat auch im Berichtszeitraum ca. alle sechs Wochen Gespräche mit dem Leiter und ggf. mit weiteren MitarbeiterInnen der Ausländerabteilung. Ein Antrittsbesuch bei Innenminister Ralf Stegner hat im August stattgefunden. Der Flüchtlingsrat hat am 28. November 2005 an der Sitzung des Flüchtlings- und Migrationspolitischen Runden Tisches Schleswig-Holstein im Kieler Innenministerium teilgenommen.

Die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates erhielt im Berichtszeitraum institutionelle Förderung von Seiten des Innenministeriums. Weiterhin hat das Innenministerium Projekte der Qualifizierung von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe und EQUAL-Maßnahmen gefördert.

Härtefallkommission

In der Härtefallkommission (HFK) war der Flüchtlingsrat auch im Berichtsjahr mit zwei Mitgliedern und zwei Stellvertreterinnen vertreten. Auf Beschluss der Mitgliederversammlung besteht seit Sommer 2005 eine "AG Härtefallkommission", in der NGO-Mitglieder der HFK sich regelmäßig austauschen. Themen waren z.B. der Verbesserungsbedarf bei den Verfahrenskriterien. Zwischenergebnis der AG war eine Tagung zur erfolgreichen Anrufung der HFK, die der Flüchtlingsrat in Kooperation mit der AWO durchgeführt hat.

Sozialministerium Schleswig-Holstein

Das schleswig-holsteinische Sozialministerium hat im Berichtsjahr verschiedene Projekte des Flüchtlingsrates und die Arbeit von *lifeline* e.V. gefördert.

Unter anderem standen Flüchtlingsrat und lifeline-Vormundschaftsverein mit der Jugendabteilung des Ministeriums im Austausch über festgestellte Bedarfe zur Änderung der Verwaltungspraxis bei den Inobhutnahmen von unbegleiteten Kinderflüchtlingen (UMF) auf Grundlage des geänderten § 42 SGB VIII.

Martin Link

SOLIDARITÄT UND LOBBYARBEIT



Veranstaltungen und Aktionen 2005

Beiträge, Aktionen, Veranstaltungen und Schulungsangebote des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein in 2005 waren:

29.01.2005	Aufruf und Kundgebungsbeitrag zur Demonstration "Kein Nazi-Aufmarsch in Kiel!"	
02.02.2005	Podiumsdiskussion mit ParteienverterterInnen zur Landtagswahl "Aufnahme und Integration oder Abschottung und Abschiebung?" im Kieler Gewerkschaftshaus	
06.02.2005	Film-Matinee "All das wird ich nicht mehr sehen" im Kulturzentrum Hansastrasse, Kiel.	
19.02.2005	"Freiheit, Wohlstand und Demokratie? Wie viel versprechend ist die Zukunft Kurdistans im Irak nach den Wahlen?" Podiumsveranstaltung mit VertreterInnen der kurdisch-irakischen Parteien KDP, PUK, Europäisches Zentrum. f. Kurdische Studien, in deutscher und kurdischer Sprache in Kiel Mettenhof.	
19.02.2005	Unterstützung des "Fest der Kulturen" in der Räucherei Kiel.	
08.03.2005	Vortrag und Film zum Thema Arbeitsmarktzugang beim "Internationalen Frauentag" im Eckernförder Rathaus.	
15.04.2005	ganztägige Fortbildung "Interkulturelle Beratung I", Veranstalter FRSH/EP perspective in der ZBBS in Kiel.	
18.04.2005	Podiumsteilnahme an der Veranstaltung "Visa Affäre" von Bündnis 90/Die Grünen, Mölln.	
29.04.2005	ganztägige Fortbildung "Interkulturelle Beratung II", Veranstalter FRSH/EP perspective in der Jugendherberge in Kiel	
22.04.2005 28.04.2005 04.05.2005	Ausstrahlung der Filme des TP restart "Flüchtlingskinder in Deutschland", "Polizeikontrolle", "Melodie Mercan", "Leben im Ungewissen" im Offenen Kanal Kiel.	
05.05.2005	Referat zu Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen auf der Tagung "Soziale Aspekte der Entwicklung Europas" in der FHS Kiel.	
27.05.2005	Abschlusstagung "Steine ins Rollen gebracht?" der EP perspective in Kiel.	
01.06.2005	Vortrag "Spirale nach unten? Hartz IV und die Auswirkungen auf Flüchtlinge und Asylbewerber" von Claudia Langholz für den Flüchtlingsrat bei der Ringvorlesung der FHS Kiel.	
04.06.2005	Infotisch des Flüchtlingsrates beim Konzert der Toten Hosen in der Kieler Ostseehalle.	
16.06.2005	Podiumsteilnahme an der Tagung "Drei Jahre Qualifizierungsoffensive für Flüchtlinge – Was bleibt?" der Hamburger EQUAL-EP Asyl in Hamburg.	
20.06.2005 21.06.2005	Infotisch des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein beim 5. Berliner Symposium des UNHCR zum Flüchtlingsschutz in Berlin.	
23.08.2005	Mitveranstalter neben IMSH und DWSH der Fachtagung "Das neue Zuwanderungsgesetz – eine Zwischenbilanz für Schleswig-Holstein" in Rendsburg.	
08.09.2005	Die vom Flüchtlingsrat und Landesflüchtlingsbeauftragten geplante Podiumsdiskussion im Landeshaus "Flüchtlinge haben keine Wahl! – Parteien diskutieren migrationspolitische Bedarfe" zur Bundestagswahl musste leider wegen Absage der angefragten VertreterInnen der großen Parteien abgesagt werden.	
10.09.2005	Podiumsteilnahme an der Veranstaltung "Furcht vor dem Islam?" der Gleichstellungsstelle und des Türkischen Elternbundes in Glückstadt.	
25.09.2005	Unterstützung der Demonstration vor der Erstaufnahme-Lager in Horst, Mecklenburg-Vorpommern	
17.10.2005	Auftaktveranstaltung "Land in Sicht!" mit Stefan Berglund (UNHCR), Ingrid Frantzen (Landtagspräsidentin), Paul Hinz (IMSH) im Landeshaus Kiel.	
17.10.2005	Preisverleihung "Leuchtturm des Nordens" durch den Flüchtlingsrat an Stefan Berglund (UNHCR) im Landeshaus Kiel.	
08.12.2005	Aufruf zur bundesweiten Demonstration "Gleiche Rechte für alle – Bleiberecht für Flüchtlinge – Abschiebungen stoppen" anlässlich der IMK in Karlsruhe.	
12.12.2005	Film- (Campamento Benyounes) und Diskussionsveranstaltung "NATO-Draht und Militär gegen afrikanische Armutsflüchtlinge – Exterritoriale Lager und die Militarisierung der Südgrenze der EU" mit Elias Bierdel (Ex Cap Anamur),Köln; Helmut Dietrich (Forschungsstelle Flucht und Migration), Berlin; und Björn Elberling (CAU), Kiel; in der Kieler Universität.	
Seit Herbst 2005	Beteiligung des Flüchtlingsrates mit Angebotsmodulen im Projekt "Globale Schule in Schleswig-Holstein" des BEI, Kiel	



BRISE - Qualifizierung von Ehrenamtlichen

Das im Juni 2005 abgeschlossene aus Mitteln des Europäischen Flüchtlingsfonds geförderte Projekt BRISE diente der Unterstützung von ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe Engagierten und hauptamtlich Tätigen durch Schulungen und Fortbildungen, durch Aufbereitung und Veröffentlichung von rechtlichen und anderen themenspezifischen Informationen und zur Unterstützung bei der dezentralen Lobby-, Öffentlichkeitsarbeit und beim Fundraising.

Neue Zielgruppen

Im Berichtszeitraum 2005 wurde insbesondere das Sensibilisieren und Aktivieren neuer Zielgruppen in unterschiedlichsten Ansätzen und Themenzentrierungen erprobt:

- Unterrichtseinheit zum Thema "Flüchtlinge in Schleswig-Holstein" für den Erdkundeunterricht einer 12. Klasse des Gymnasium Schloss Plön.
- "Markt der Möglichkeiten" des Berufsschulzentrums Kiel mit zwei Film- und Diskussionsveranstaltungen mit zwei Klassen mit je 20 BerufsschülerInnen.
- "Europatag" in der Fachhochschule für Sozialarbeit Kiel mit Infostand.
- Punkrockgruppe "Die toten Hosen" in der ausverkauften Kieler Ostseehalle (ca. 5.000 Personen) mit Infotisch des Projektes Brise.
- Unterstützung der Initiative des Unterstützungskreises für eine von Abschiebung bedrohte konglesische Familie in Rendsburg. Begleitung von Aktionen, Mahnwache, Unterschriftensammlung und –übergabe, Veranstaltungsdurchführung und Pressearbeit.

Maßnahmen zur Förderung der Selbstorganisation von Flüchtlingen:

- Unterstützung der Vereinigung zur Verteidigung der Rechte von Afrikanern in Deutschland im Blick auf die geplante Vereinsgründung. Integration der Gruppe in die Bleiberechtskampagne Schleswig-Holstein.
- Afghanischer Kulturverein Schleswig-Holstein. Am 30.05.2005 fand in Schwarzenbek eine landesweite Veranstaltung zur Situation afghanischer Flüchtlinge in Schleswig-Holstein statt – mit Verabschiedung des Schwarzenbeker Appells an Landesinnenminister Ralf Stegner.
- Informationsveranstaltung für afghanische Flüchtlinge, bei der das Projekt Brise Mitveranstalter war, fand am 02.05.2005 im Hamburger Curio-Haus unter dem Titel: "Die Heimat droht Abschiebungen nach Afghanistan?" statt. Zu dieser Veranstaltung des Afghanistan Info Netzwerks Hamburg, des Diakonischen Werkes HH und des

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein kamen rund 800 Personen.

• Unterstützung einer Bleiberechtsaktion für eine bosnische Familie aus dem Kosovo, die seit 13 Jahren in Neumünster lebte und denen die Ausländerbehörde die Trennung durch Abschiebung der Eltern angekündigt hatte. Es wurden 2.800 Unterschriften gesammelt und dem Innenministerium übergeben.

Koordination der Aktivitäten des Bleiberechtsbündnis Schleswig-Holstein in Kiel:

• Anders als in Neumünster und Rendsburg basierte in Kiel die Aktion vorwiegend auf Initiative von betroffenen Flüchtlingen, die mit ihrem Anliegen und der Unterstützung von diversen Initiativen und Beratungsstellen auf die Straße gingen und an die Medien herantraten.

Es fand eine Aktion am Internationalen Flüchtlingstag (20. Juni) in der Kieler Innenstadt statt mit einem Umzug, bei dem die 6000 in drei Städten gesammelten Unterschriften an einer hundert Meter langen Wäscheleine durch die Kieler Fußgängerzone zum Innenministerium gebracht wurden.

Fortbildungs- und Informationsangebote:

- In der Gruppe der ehrenamtlichen VerfahrensberaterInnen für Abschiebungshäftlinge engagierten sich im Berichtszeitraum neun Personen: Praktikantinnen, Sprachmittlerinnen und Migrationssozialberaterinnen.
- Workshop "Gut Beraten beim Stellen von Härtefallanträgen": Gemeinsam mit dem *AWO-Landesverband* wurde am 06.04.2005 ein halbtägiger Workshop mit VertreterInnen der Schleswig-Holsteinischen Härtefallkommission durchgeführt. 37 Personen, überwiegend hauptamtliches Beratungspersonal von Migrationsfachstellen, nahmen teil.
- Es wurden orientierende Gespräche mit dem Innenministerium geführt über eine gemeinsame Veranstaltung zu den "Erfahrungen mit dem Zuwanderungsgesetz". Diese ganztägige Tagung für Migrationsberatungsstellen und Ausländerbehörden

wird voraussichtlich im Spätsommer 2005 stattfinden.

Internetgestützte Multiplikationsund Schulungsarbeit:

- Das Projekt *BRISE* leistete im Berichtszeitraum die Administration der migrationspolitischen Mailingliste "Liste SH", der Website *www.frsh.de*, der Website des *Bleiberechtsbündnisses SH www.hiergeblieben.info*
- Fortbildung "Internetrecherche für Herkunftslandinformationen" am 10.06.2005 in Berlin. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein nahm mit zwei Personen an dieser Fortbildung teil, da die Internetrecherche zu diesem Themenbereich einen wichtigen Aufgabenbereich innerhalb der Beratung darstellt und darüber hinaus der Flüchtlingsrat in der Vergangenheit und in der Zukunft selber ähnlich gelagerte Fortbildungen angeboten hat bzw. anbieten wird.

Abschiebehaftberatung und Begleitung einer Gruppe Ehrenamtlicher BeraterInnen:

• Der Bedarf an rechtlicher Beratung, Information und Reflexion über die eigenen Handlungsmöglichkeiten unter den Abschiebehäftlingen war auch in 2005 sehr groß. Angst vor der unausweichlich gewordenen Abschiebung, Unverständnis über die Inhaftierung, das Geltendmachen von Abschiebehindernissen wie gesundheitliche Situation, Familie, eine anstehende Eheschließung, aber auch Klagen über Umstände und Bedingungen der Haft bilden die Schwerpunkte der Beratung.

Förderung durch den Europäischen Flüchtlingsfonds

Seit Dezember 2005 führt der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein in Kooperation mit der Migrationssozialberatung der Diakonie in Norderstedt das für den Zeitraum 2005 bis 2008 vom *Europäischen Flüchtlingsfonds* bewilligte und mittels der institutionellen Förderung des Landes kofinanzierte Projekt "Vernetzung und Qualifizierung der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein" (EFF-05-285) durch.

Bernhard Karimi



Antidiskriminierung und Integrationsförderung für Flüchtlinge

EQUAL EU-Gemeinschaftsinitiative zum Themenschwerpunkt Asyl

Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus - Flüchtlinge und Asylsuchende - unterliegen hierzulande massiven Einschränkungen, Benachteiligungen und normierten Diskriminierungen, die ihr gesamtes Leben, ihre persönliche Verfassung und ihre Chancen nachhaltig und umfassend beeinträchtigen. Dies betrifft insbesondere den Zugang zu Erwerbstätigkeit/Aus- und Weiterbildung, der dieser Personengruppe in der Bundesrepublik Deutschland regelmäßig über lange Jahre fast vollständig verwehrt wird. Diese Situation der

Desintegration bildet die Arbeitsgrundlage der vom Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum koordinierten EQUAL-Entwicklungspartners chaften (EP) perspective und Land in Sicht!

– Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein und ihrer Teilprojekte. Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL sind der Flüchtlingsrat und seine Kooperationspartnerlnnen beauftragt, neue Methoden und Konzepte gegen Diskriminierung, Rassismus und Ungleichheiten am Arbeitsmarkt zu entwickeln und zu erproben.



Entwicklungspartnerschaft perspective

Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Am 30. Juni 2005 endete die Durchführung der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft perspective Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein, die 3 ½ Jahre im Bereich der Qualifizierung, Schulung von MultiplikatorInnen, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit aktiv war. Es ist gelungen, ein effektives, stabiles Netzwerk zu bilden, das innovative Ideen und Konzepte entwickelt und dafür Anerkennung und weitreichende politische Beachtung erreichen konnte.

Koordination der EP perspective

Ergebnisse: Es liegen Konzepte und Curricula vor, die für die Gruppe der Asylsuchenden wie auch anderer am Arbeitsmarkt benachteiligter Zielgruppen umgesetzt werden können. Behörden, Unternehmen und Einrichtungen, die zuvor kaum Berührungspunkte mit Flüchtlingen und Asylsuchenden hatten, gewannen interkulturelle Kompetenz und beteiligten sich mit sichtbar wachsendem Engagement an der Arbeit von perspective. Für die ca. 400 Asylsuchenden und Flüchtlinge, die an den Qualifizierungsmaßnahmen der EP teilnahmen, endete der Erwerb von Schlüsselqualifikationen mit Abschlusszertifikaten und erheblichem Zugewinn an Selbstvertrauen.

perspective hat den Beweis erbracht, dass Flüchtlinge viele Kompetenzen und Ressourcen mit sich bringen, dass sie hoch motiviert sind und vielfältige Strategien gegen Benachteiligung entwickeln. Die in 2005 abgeschlossene EP perspective hat gezeigt, dass die Bekämpfung rassistischer Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt kein Selbstgänger ist, die politischen Widerstände sind groß, die rechtlichen Hürden erheblich. Der Fortbestand der entstandenen Bündnisse ist auch in der Zukunft gefragt.

Zur EP perspective gehörten die Teilprojekte Multiplikatorenschulung (Flüchtlingsrat) restart -Beruflicher Neuanfang für Flüchtlinge in den Bereichen Medien und soziale Einrichtungen (Flüchtlingsrat), quita! - Mehrsprachige Qualifizierungsmaßnahme "Kommunikation für den Beruf" (ZBBS e.V.), mok wat - Modulare Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen für Asylsuchende im Handwerks- und Dienstleistungsbereich (UTS e.V.) sowie das transnationale Kooperationsprojekt Coast Links (Flüchtlingsrat).

Die EP *perspective* hat netzwerkorientiert erfolgreich kooperiert unter anderem mit dem Innenministerium Schleswig-Holstein, der Regionaldirektion Nord und Regionalstellen der Bundesagentur für Arbeit, dem Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Schleswig-Holstein, der Industrie- und Handelskammer zu Kiel, dem Landesvolkshochschulverband Schleswig-Holstein, dem Landesverband des Diakonischen Werkes SH, dem DPWV, dem Institut für Interkulturelles Training, dem Lübecker Flüchtlingsforum.

Claudia Langholz

perspective - Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein waren:

- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein: Koordination der Entwicklungspartnerschaft
- Flüchtlingsrat: Teilprojekt restart Beruflicher Neuanfang für Flüchtlinge in den Bereichen Medien und soziale Einrichtungen
- ZBBS e.V.: Teilprojekt quita! Mehrsprachige Qualifizierungsmaßnahme "Kommunikation für den Beruf"
- Verein Umwelt und Soziales e.V.: mok wat! – Modulare Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen in Handwerksund Dienstleistungsbereichen
- Flüchtlingsrat: CoastLinks Transnationale Kooperation mit D\u00e4nemark und Italien
- Flüchtlingsrat: MultiplikatorInnen-Schulungen - Fortbildungen für hauptund ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit und Integrationsförderung Tätige

PROJEKTE UND ARBEITSBEREICHE



restart

Teilprojekt Beruflicher Neuanfang für Flüchtlinge in den Bereichen Medien und soziale Einrichtungen in der Entwicklungspartnerschaft *perspective*

restart war ein Teilprojekt der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft perspective und wurde im Sommer 2005 abgeschlossen. Als Träger kooperierten Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. und das Bildungswerk anderes lernen e.V. Die Qualifizierungsmaßnahme restart diente der Wiederherstellung und dem Erhalt der Berufsfähigkeit von Flüchtlingen mit ungesichertem Aufenthalt sowie der Erweiterung der beruflichen Fertigkeiten in Richtung auf Tätigkeiten im sozialen und Medienbe-

Eine Maßnahme war in vier Module mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten untergliedert:

Modul I - Büroorganisation, Einführung in Felder sozialer Arbeit; Modul II – Vereinsrecht und Buchhaltung; Modul III - Presseund Öffentlichkeitsarbeit und Videoworkshop; Modul IV - Bewerbungs- und Kommunikationstraining.

Während der ganzen Maßnahme erhielten die TeilnehmerInnen Deutsch- und EDV-Unterricht.

Der theoretische Unterricht erfolgte als Blockunterricht zentral in Kiel: Jeder Lehrgang dauerte sechs Monate und es fand ein Betriebspraktikum gegen Ende des Lehrgangs statt. Im Mai 2005 ging der vierte und letzte Lehrgang mit 16 TeilnehmerInnen zu Ende. Den Kurs begannen im November 2004 neun Frauen und neun Männer und acht Frauen und acht Männer beendeten ihn mit einem Teilnahmezertifikat. Der Großteil der TeilnehmerInnen in diesem Kurs hatte Russisch als Mutter- oder Zweitsprache. Sechs TeilnehmerInnen stammten aus Aserbeidschan und bildeten damit die größte Gruppe, weitere stammten aus Tschetschenien, Dagestan, Russland, Ukraine, Georgien, Afghanistan, Türkei, Iran und Irak. Das Durchschnittsalter lag bei 28 Jahren. Die Hälfte der TeilnehmerInnen war zwischen 19 und 27 Jahre alt. Drei TeilnehmerInnen waren zwischen 42 und 51 Jahre alt. Zwei TeilnehmerInnen hatten in Deutschland die

Schule besucht. Von den neun Frauen waren fünf Mütter. Daher war in diesem Kurs ein höherer Anteil an Kinderbetreuung erforderlich, der aufgrund der großen Entfernungen dezentral organisiert wurden. Das intellektuelle Niveau der TeilnehmerInnen war insgesamt hoch und die Deutschkenntnisse waren bis auf zwei Ausnahmen gut bis sehr gut. Die Hälfte der TeilnehmerInnen hatte schon eine andere EQUAL-Maßnahme besucht bzw. begonnen und dann zu *restart* gewechselt.

An der externen EDV-Prüfung nahmen 15 Personen teil. Alle bestanden die Prüfung und erhielten das Zertifikat des Xpert Computer Passport für den Baustein Textverarbeitung mit Word mit den Noten gut oder sehr gut. Dies ist das beste Ergebnis aller vier seit 2002 stattgefundenen Maßnahmen und zeigt, dass sowohl das Curriculum den Erfordernissen der Zielgruppe, insbesondere der notwendigen Berücksichtigung der sprachlichen Hürden entsprechend angepasst werden konnte als auch die prüfende Volkshochschule in der gesonderten Vorbereitung sich auf die Zielgruppe eingestellt hat. Hierin ist auch ein Beitrag zur Öffnung regulärer Bildungsinstitutionen für die Zielgruppe zu

Die Praktika verliefen weitgehend erfolgreich. In einigen Fällen entstanden nachhaltig wirksame Kontakte mit den Praktikumsgeberlnnen. Im Rahmen der Praktika konnten die Teilnehmerlnnen ihre im Kurs erworbenen Kenntnisse in der Praxis erproben und konkrete Arbeitsfelder kennen lernen. Von besonderer Bedeutung sind auch die so entstandenen Kontakte zu potenziellen Arbeitgeberlnnen sowie zu sozialen Einrichtungen, die über die Maßnahme hinaus fortbestehen. Die Praktika leisteten einen Beitrag in Richtung sozialer Orientierung und Empowerment.

Die Videoproduktionen im Rahmen des Moduls Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erwiesen sich wie in den bisherigen Lehrgängen auch in dem Lehrgang 2005 als wichtiges Instrument des Empowerment, aber auch der Alltagsorientierung und bewussten Auseinandersetzung mit der deutschen Gesellschaft. Es entstanden zwei Filmbeiträge zur Situation von Flüchtlingskindern in Deutschland, die in eine aufgezeichnete und im Offenen Kanal ausgestrahlte Sendung integriert wurden. Das Ergebnis wurde auf DVD festgehalten und die Filmbeiträge eignen sich hervorragend für die Bildungsarbeit und MultiplikatorInnenschulung.

Astrid Willer, Farzaneh Vagdy-Voß





EQUAL-Entwicklungspartnerschaft Land in Sicht!

Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein in der II. EQUAL-Förderrunde

Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL II haben sich in 2005 der Flüchtlingsrat, das Diakonische Werk Landesverband S-H, die Kieler ZBBS e.V. und der Verein UTS e.V. aus Rendsburg zu einer Entwicklungspartnerschaft (EP) zusammengeschlossen und erhalten Förderung vom ESF, vom Bund, vom Land Schleswig-Holstein, von PRO ASYL und von weiteren Dritt-

mittelgebern. Im Folgenden werden die Arbeitsbereiche und Projekte, die in Trägerschaft des Flüchtlingsrates umgesetzt werden, dargestellt.

Kurzinformationen über die Teilprojekte der o.g. Kooperationspartner in den nebenstehenden Kästen; mehr im Internet: www.frsh.de/landinsicht/index.htm



Koordination der Entwicklungspartnerschaft *Land in Sicht!*

Zwischen Januar und Juni 2005 - im sog. 1. Meilenstein - erfolgte im Zuge der Koordination durch den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein die Konsolidierung des neu bewilligten EQUAL-Netzwerkes Land in Sicht! vor allem durch umfangreiche Strukturarbeiten: Dazu gehörte die Erstellung der nationalen Kooperationsvereinbarung mit allen der EP angehörenden operativen Partnern und Abstimmungen mit der Nationalen Koordinierungsstelle beim jetzigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Im Rahmen der Umsetzung der Querschnittsthemen, wurde nach der Durchführung eines eintägigen Gender-Trainings das Gender-Konzept für die Entwicklungspartnerschaft entwickelt. Ebenfalls wurde ein Evaluationskonzept für die EP erarbeitet und ausgeschrieben. Die Konstituierung der Gremien wie Lenkungsgruppe und Vorüberlegungen zur Steuerungsgruppe, die Einbindung alter und neuer strategischer Partner und die Vernetzung außerhalb der EP - insbesondere die transnationale Vernetzung – waren Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum. Die Sicherstellung der Kofinanzierung und die infolge nowendiger Änderungen in der Finanzierung verursachten Konzeptanpassungen wurden vorgenommen.

Seit Juli 2005 koordiniert der Flüchtlingsrat den Trägerverbund, der

- verschiedene berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für Flüchtlinge anbietet,
- die interkulturelle Öffnung von Behörden, Betrieben und sozialen Einrichtungen durch Inhouse-Schulungen fördert,
- einen webgestützten Informationspool über Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge aufbaut,
- das bestehende Netzwerk, das die berufliche Qualifizierung und den Zugang zum

- Arbeitsmarkt fördert, in Schleswig-Holstein ausbaut.
- landes- und bundesweite Vernetzungen fortführt und erweitert,
- mit anderen europäischen Entwicklungspartnerschaften in Deutschland, Tschechien und in der Slowakei kooperiert.

Die Arbeit aufgenommen haben drei berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge. Im Rahmen der Maßnahmen CASE, respect und Sprungbrett wurden im Berichtszeitraum 110 Flüchtlinge in Kiel, Rendsburg, Pinneberg und Niebüll geschult und in unterschiedlichen Branchen beruflich qualifiziert. Die Konzepte und Curricula bauen auf die Erfahrungen der ersten EQUAL-Förderunde auf und berücksichtigen dieses Mal im Besonderen die Situation von Flüchtlingsfrauen und jugendlichen Flüchtlingen.

Im Berichtszeitraum konnte die bestehende Vernetzung zu Bündnispartnern erhalten und um weitere sog. strategische Partner, wie z.B. den Landessportverband, <u>con</u>tra - Beratungs- und Koordinierungsstelle für Betroffene von Frauenhandel in SH, Steinburger Weiterbildungsverbund, Beschäftigungsund Qualifizierungsgesellschaft Flensburg oder den Verband der evangelischen Tagesstätten erweitert werden.

Bzgl. der Öffentlichkeits- und Pressearbeit wurden deutsch- und englischsprachige Faltblätter entwickelt und verbreitet. Auf der homepage www.frsh.de/landinsicht/ wird umfassend über die Inhalte, Ziele und Aktivitäten der Entwicklungspartnerschaft informiert. Für das Projektplakat, Rundbriefe sowie einen Dokumentarfilm zur beruflichen Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen ohne gesicherten Aufenthalt begannen die Vorbereitungen.

Land in Sicht! - Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge sind:

- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein: Koordination der Entwicklungspartnerschaft
- Diakonisches Werk Schleswig-Holstein: respect – Stärkung vorhandener Ressourcen für soziale Berufe mit Schwerpunkt der Qualifizierung von Flüchtlingsfrauen
- ZBBS e.V.: Sprungbrett Orientierung zu Bildung und Ausbildung mit Schwerpunkt der Qualifikation von jugendlichen Flüchtlingen
- Verein Umwelt und Soziales e.V.:
 CASE- Vermittlung von Schlüssel- und
 Teilqualifikationen in Handwerk und
 Dienstleistungen
- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein: Info-Net – Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge – Vernetzung, Information, Beratung - Aufbau eines Informationspools über Zugänge zu Bildung und zum Arbeitsmarkt
- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein: INHOUSE-Schulungen - Förderung der interkulturellen Öffnung von Organisationen und Betrieben
- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein: Transnationale Kooperation - MOLE -More Options: Labour and Education!

PROJEKTE UND ARBEITSBEREICHE

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung der EP Land in Sicht! im Kieler Landeshaus am 17.10.2005 würdigten Ministerpräsident Peter Harry Carstensen mit einem Grußwort sowie die Landtagsvizepräsidentin Ingrid Frantzen und Stefan Berglund, der scheidende Vertreter des UNHCR in Deutschland, in ihren Wortbeiträgen das Engagement und die Kompetenz der beteiligten Träger. Auf Bundesebene kooperiert Land in Sicht! mit den weiteren sieben Entwicklungspartnerschaften im Themenbereich Asyl, insbesondere mit den KoordinatorInnen in Hamburg (www.fluchtort-hamburg.de) und Niedersachsen (www.equal-saga.info).

Kooperationspartner der Entwicklungspartnerschaft Land in Sicht! sind u.a. das Innenministerium Schleswig-Holstein, die Regionaldirektion Nord und Regionalstellen der Bundesagentur für Arbeit, der Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Schleswig-Holstein, die Industrie- und Handelskammer zu Kiel; der Landesvolkshochschulverband Schleswig-Holstein, der DPWV, das Institut für Interkulturelles Training, das Lübecker Flüchtlingsforum.

Claudia Langholz Naciye Demirbilek Sabine Wollenhaupt





Inhouse-Schulungen

 Teilprojekt zur Förderung der interkulturellen Öffnung von Behörden, Betrieben und sozialen Einrichtungen in der EP Land in Sicht!

Im Rahmen des Teilprojektes Inhouse-Schulungen sind im Berichtszeitraum in der EP Land in Sicht! gezielte Fortbildungsmaßnahmen zur Förderung der interkulturellen Öffnung für Behörden, Wirtschaftsunternehmen und soziale Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände angeboten worden. In Schulungen und Kursen wird auf den vorhandenen Erfahrungen und Kompetenzen aufgebaut und werden

entsprechend dem Bedarf in den Institutionen die Gestaltung der Schulungen gemeinsam vorgenommen. Schwerpunkte sind einerseits die Leitbildentwicklung zu "interkultureller Öffnung" und andererseits die Erstellung eines Schulungskonzeptes für die konkrete Förderung der "interkulturellen Öffnung".

Als Themenschwerpunkte für die Schulungen wurden im Berichtszeitraum erarbeitet:

- Interkulturelle Sensibilisierung,
- Stärkung und Förderung interkultureller Kompetenzen aller MitarbeiterInnen in den jeweiligen Behörden, Betrieben oder Verbände,
- Vermittlung von Grundlagen zu gewaltfreier Kommunikation und zu Konfliktmanagement im interkulturellen Feld,
- Darlegung von *Managing Diversity* Konzepten etc.

Im Berichtszeitraum wurden zunächst potenzielle Teilnehmer-Institutionen in Schleswig-Holstein und geeignete ReferentInnen und TrainerInnen recherchiert. Bei der Akquise von TN wurde darauf Wert gelegt, dass die drei im Konzept benannten Bereiche - Wirtschaftsunternehmen, Behörden, soziale Einrichtungen/Verbände – vertreten sind. Die Aufnahme konkreter Schulungen konnte in 2005 noch nicht erfolgen. Der Entscheidungsprozess in den angefragten Institutionen und Behörden hat sich als sehr zeitaufwändig erwiesen. Zunächst bildeten die inhaltliche Ausarbeitung des Konzeptes und Vorbereitung der zentralen Schulungen den Schwerpunkt. Die für das Folgejahr vorgesehenen zentralen Schulungen "Traumatisierung und Qualifizierung" in Kooperation mit Refugio Kiel und "Ein Jahr Hartz IV - Die Bedeutung für Menschen mit Migrationshintergrund" in Kooperation mit DW Schleswig-Holstein und dem NOBI-Teilprojekt access wurden vorbereitet.

Daneben wurden relevante Fachtagungen anderer Entwicklungspartnerschaften (z.B. Behördentagung zu interkulturelle Öffnung in Eisenach) besucht und die Vernetzung mit anderen Projekten vorangetrieben (NRW, Thüringen, Hamburg, Schleswig-Holstein). Ein kooperatives Netzwerk wurde mit Behörden, öffentlichen Verwaltungen der Stadt Kiel, Wohlfahrtsverbänden, Betrieben, Job Centern (Agentur für Arbeit) und anderen EPen aufgebaut.

Naciye Demirbilek



INFONET - Bildungs und Berufszugänge für Flüchtlinge

Teilprojekt in der EP Land in Sicht!

Ziel des Teilprojekts INFONET in der EP Land in Sicht! ist es, die Beratungssituation für Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltsstatus und Asylsuchende im Bereich Bildungs- und Berufszugänge nachhaltig zu optimieren. Ein Schwerpunkt

Dieser Pool wird 2006 online gestellt und fasst die relevanten Rechtsgrundlagen, Adressen, Informationen über Kurse, Schulen etc. zusammen.

Hier wird auf Standard- und Ausnahmeregelungen hingewiesen und Vorgehensweisen werden erläutert bzw. erfolgreiche Maßnahmen zum Abbau diskriminierender Behandlung vorgestellt. Die website soll allen Interessierten und Betroffenen Hinweise, Handlungsvorschläge und konkrete Informationen vermitteln. Sie wird in deutscher Sprache veröffentlicht und wendet sich an alle Multiplikatorinnen/Multiplikatoren. Dies schließt Angestellte der Arbeitsverwaltungen, der Bildungseinrichtungen, der Migrationssozialberatungen/Flüchtlingsberatungen ebenso ein wie verschiedene Communities, ehrenamtliche Unterstützerinnen/Unterstützer

Mit Blick auf die Flüchtlinge wird seitens der Redaktion darauf geachtet, dass Aufbau und Sprachverwendung transparent und einfach sind, so dass das Informationsangebot auch für nicht-muttersprachlich-deutsche Personen übersichtlich und durchschaubar ist. Diesbezüglich wird mit anderen EQUAL-Asyl-EP (Flüchtlingsräte in Niedersachsen u. Brandenburg) gemeinsam lösungsorientiert kooperiert.

Website, Vernetzung und Informationsaufbereitung sind entscheidende Faktoren zur Sensibilisierung für die Lebensrealität und die Bedürfnisse von Asylsuchenden und Flüchtlingen. Diese Sensibilisierungsaufgabe trägt intensiv zum Verständnis und damit zum Abbau von Diskriminierungen und Rassismus bei. Die gewonnenen Informationen fließen in ein zentral und dezentral organisiertes Beratungsangebot für Multiplikatorinnen/Multiplikatoren ein, um die Migrationssozialberatung/Flüchtlingsberatungen in Hinblick auf Erhalt und Erweiterung der Beschäftigungsfähigkeit von bleiberechtsungesicherten Menschen für den hiesigen Arbeitsmarkt, für den des Herkunftslandes bzw. für ein Drittland, zu ergänzen.

Im Berichtszeitraum erfolgten bisher Arbeiten zum

 Aufbau, Einrichtung und Verwaltung des Projektes,

gestützten Informationspools über Bildungs- und Berufszugänge speziell für bleiberechtsungesicherte Menschen in Schleswig-Holstein (www.infonet-frsh.de).

hierfür ist der Aufbau (und Pflege) eines umfassenden web-

- Einarbeitung in die Rechtsgrundlagen,
- Analyse der Rechtsgrundlage auf EU-, Bundes- und Landesebene,
- Recherche und Analyse bestehender Weiterbildungsangebote und Arbeitsmarktbedarfe,
- Aufbau von Vernetzungsstrukturen,
- Teilnahme an regionalen und überregionalen Gremien,
- inhaltliche Strukturierung der INFONET-Website,
- technischer Aufbau der InfoNet Website und Erlernen der selbständigen Pflege / Redaktion der Website,
- Besuch von Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen,
- Vorbereitung einer Synopse der vorhandenen Weiterbildungs- und Kursangebote, sowie der Zugangsmöglichkeiten für die Betroffenen,
- Präsentation des Projektes und der Tätigkeiten durch Infobrief, Rundschreiben.

Silke Dietrich



MOLE - Teilprojekt Transnationale Kooperation

Teilprojekt in der EP Land in Sicht!

Das sog. Mainstreaming der Zwischen- und Endergebnisse der erprobten Maßnahmen hat in der Gemeinschaftsinitiative EQUAL einen zentralen Stellenwert. Auf diesem Wege sollen rechtspolitische Initiativen entwickelt werden, die mittelfristig geeignet sind, auf nationaler wie europäischer Ebene die bis dato herrschende Diskriminierung von Flüchtlingen beim

Zugang zu Ausbildung und Arbeit zu beseitigen. Diesem Ziel dient auch die Vernetzung von Entwicklungspartnerschaften auf europäischer Ebene. Vor diesem Hintergrund hat der Flüchtlingsrat für die EP Land in Sicht! als DP Land ahoy! ein transnationales Kooperationsnetzwerk mit Partnern aus Niedersachsen, Tschechien und der Slowakei gebildet.

Bereits im Verfahren der Interessenbekundung und Antragstellung zur II. EQUAL Förderphase wurde im Kreis der Kooperationspartner das Anliegen deutlich, mit Asyl-Entwicklungspartnerschaften aus den inzwischen neuen Mitgliedsstaaten zu kooperieren. Im 1. Halbjahr 2005 konnte der Kontakt zu der Asyl-EP SAGA in Niedersachsen vertieft und zu dem Projektträger OPU in Tschechien und JOPA Slowakei aufgenommen. Im März 2005 fand in Prag ein erstes Treffen der Entwicklungspartnerschaften NET 2005/Tschechische Republik, JOPA/Slowakei, SAGA/Deutschland und Land Ahoy!/Deutschland statt.

Im April wurde in Kiel eine TCA (Transnational Cooperation Agreement) mit dem Namen MOLE - More Options: Labour and Education! beschlossen. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Analyse der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen in den beteiligten Ländern. Sie bildet die Grundlage für den Vergleich und die Überprüfung der Übertragbarkeit bildungs- und beschäftigungsfördernder Maßnahmen für bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge und der Dokumentation der festgestellten Diskriminierungsfaktoren in den EU-Mitgliedstaaten.

Im zweiten Halbjahr 2005 wurde die Zusammenarbeit durch Informationsaustausch per Email sowie im Rahmen einer zweitägigen Sitzung im Oktober 2005 in Osnabrück konkretisiert. Die Arbeitsgruppen "Empowerment", "Policy" und "Evaluation" nahmen ihre Arbeit auf. Im Rahmen der AG "Empowerment" wurde eine Recherche durchgeführt, deren Ergebnis die These unterstreicht, dass Asylsuchende i.d.R. unzureichend, falsch bis gar nicht über den Zugang zu Bildung, Qualifizierung und Arbeit in den Zielländern informiert werden. Entsprechende informierende und aufklärende Medien über formelle und informelle Arbeitsmöglichkeiten und den dazugehörigen Konsequenzen sind in allen beteiligten Ländern zur Stärkung und Unterstützung der Flüchtlinge erforderlich.

Claudia Langholz



Entwicklungspartnerschaft *NOBI*

Beteiligung des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein am Norddeutschen Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten (NOBI)

Die EQUAL-Entwicklungspartnerschaft *NOBI* widmet sich – anders als die o.g. EP *Land in Sicht!* – vor allem der Arbeitsmarktförderung von bleiberechtsgesicherten Migrantinnen und Migranten. Diese sektorale EP vernetzt Träger und Projekte aus den Bundesländern Hamburg, Bremen,

Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ist seit Sommer 2005 einer von 12 Teilprojektträgern. Mehr Informationen über die Entwicklungspartnerschaft NOBI im Internet: www.ep-nobi.de

Die Entwicklungspartnerschaft NOBI sind:

EP-Koordination: Weiterbildung Hamburg e.V.

Zum Netzwerk gehören

in Bremen:

- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Bremen e.V.
- in Hamburg:
- AG türkischer Unternehmer und Existenzgründer e.V.
- Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V.
- Diakonisches Werk Hamburg

- Passage gGmbH
- Unternehmer ohne Grenzen e.V.
- Verikom e.V.
- WOGE e.V.
- Rackow Schule

in Mecklenburg-Vorpommern:

- Integrationsnetzwerk Ost GbR
- in Schleswig-Holstein:
- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.



access

Agentur für Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge und MigrantInnen

Das Teilprojekt access, das der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein in die EQUAL-EP NOBI einbringt, widmet sich mit besonderem Schwerpunkt der erfolgreichen Arbeitsmarktförderung v.a. von bleibeberechtigten Flüchtlingen, die erfahrungsgemäß trotz des gegenüber Asylsuchenden und De-Facto-Flüchtlingen verbesserten Status und rechtlicher Besserstellung mit erheblichen Diskriminierungen und Behinderungen beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit zu kämpfen haben.

Das Projekt access – Agentur für Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge und Migrantlnnen hat am 01.07 2005 seine Arbeit aufgenommen. Koordiniert wird die Entwicklungspartnerschaft NOBI vom Verein Weiterbildung Hamburg. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein führt das einzige Teilprojekt der EP in Schleswig-Holstein durch und ist im Bundesland auch für die Regionalkoordination zuständig, d.h. für den Transfer der Kooperationen, Ergebnisse und Erfahrungen aus Schleswig-Holstein in die EP und umgekehrt.

Folgende Aktivitäten des Projektes sind bis Ende 2007 geplant:

- Bereitstellung eines internetgestützten Informationsangebots zu Qualifikationsmöglichkeiten im Bundesland Schleswig-Holstein und zu arbeitsmarktrelevanten gesetzlichen Bestimmungen (www.accessfrsh.de).
- Vernetzung der Akteure in den Bereichen Migrationsozialberatung, Arbeitsverwaltung und Bildungseinrichtungen.
- Erarbeitung und Vorbereitung eines Handbuches für MultiplikatorInnen.
- Durchführung von Schulungen.
- Regelmäßige Beratung in den Projekträumen in Kiel und dezentrale Beratung in Zusammenarbeit mit örtlichen Trägern.

Der Schwerpunkt im Berichtszeitraum lag darauf, die Kooperation mit den anderen Teilprojekten in den Gremien der Entwicklungspartnerschaft zu suchen, die Strukturen der EP zu verstehen und mitzugestalten. Darüber hinaus ist die Entwicklungspartnerschaft vernetzt mit dem bundesweiten Netzwerk IO, dem neben NOBI noch fünf weitere Entwicklungspartnerschaften angehören. Hinzu kommen die Netzwerke im Rahmen von EQUAL. Hier beteiligt sich Astrid Willer für das Projekt und die EP am Thematischen Netzwerk Lebenslanges Lernen. Am 26.09.2005 fand im Rahmen der EP- NOBI außerdem eine bundesweite Fachtagung zum Thema "Arbeitssprache Deutsch" statt sowie eine Auftaktveranstaltung für die strategischen PartnerInnen am 09.12.2005, an deren Organisation und Durchführung access beteiligt war.

Die EP hat transnationale PartnerInnen in Spanien, England und Polen. Für die Transnationale Arbeit gibt es eine Arbeitsgruppe, an der sich für den Flüchtlingsrat Farzaneh Vagdy-Voss beteiligt. Im November fand ein Workshop bei den Partnern in Spanien statt, dort geht es um den Aufbau einer Beratungsstruktur und beispielhafter kommunaler Integrationsförderung in der Provinz Extremadura.

Im Berichtszeitraum wurden erste Beratungstermine für die Kreise Bad Segeberg und Pinneberg abgesprochen, weitere Kooperationen sind geplant mit Husum und Bad Oldesloe. Hier sind die Kooperationspartner entweder Migrationssozialberatungsstellen und/oder Beratungsstellen von Frau und Boruf

Die Projektmitarbeiterinnen beteiligen sich in Schleswig-Holstein an dem Arbeitskreis "Job und Migration" in Kiel und haben das Projekt beim Flüchtlings- und migrationspolitischen Runden Tisch im Innenministerium Schleswig-Holstein vorgestellt. Im aktuellen Integrationsbericht des Kieler Innnenministeriums wurde die Projektvorstellung - ergänzt durch Informationen zur EP und zum IQ-Netz - veröffentlicht. Im November 2005 erschien der erste access-Newsletter.

Schließlich ist die Webseite des Projektes, auf der Informationen über Beratungsstellen, Qualifizierungsangebote, gesetzliche Regelungen und Fördermöglichkeiten übersichtlich für BeraterInnen ebenso wie für Flüchtinge und MigrantInnen bereitgestellt werden sollen, im Aufbau. Die Seite www.access-frsh.de wird laufend weiterentwickelt und aktualisiert.

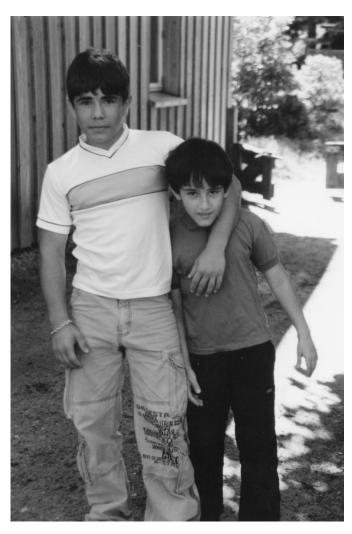
Astrid Willer Farzaneh Vagdy-Voß



lifeline - Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Der rechtlich eigenständige Verein *lifeline* hat sich in seinem ersten Haushaltjahr schwerpunktmäßig um die finanzielle Absicherung des Vormundschaftsvereins gekümmert. Eine Förderung im Jahr 2005 durch Jugendministerium S-H, Sozialministerium S-H, Pro Asyl, UNO- Flüchtlingshilfe, terre des

hommes war Ende des 1. Halbjahres 2005 gewährleistet. Am 13. Mai 2005 erhielt der Verein die Erlaubnis zur Übernahme von Vereinsvormundschaften für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge in Schleswig-Holstein (UMF) gemäß § 54 SGB VIII.



Bis Mitte des Jahres geschah die Arbeit ehrenamtlich. Ab Juli 2005 wurde Marianne Kröger zunächst zu 50%, später zu 100% hauptamtlich eingestellt. Geleistet wurde die Einrichtung von Vereinsvormundschaften, Schulungen für VormünderInnen und Interessierte, Verwaltung des Infopools, Telefonberatung für VormünderInnen, Begleitung der UMF im Asylverfahren, laufende Vormundschaftsarbeit über die Vereinsvormundschaften und Bekanntmachung des Vereins *lifeline* in Fortführung des bisherigen Engagements des Flüchtlingsrats für Kinderflüchtlinge.

Vormundschaften

Konkret liefen im Jahr 2005 insgesamt 43 Vormundschaften in Anbindung an den Verein. Von den Mündeln wurden einige im Laufe des Jahres 18, sodass Vormundschaften ausgelaufen sind. Die VormünderInnen und ihre Mündel wurden kontinuierlich beraten. begleitet und unterstützt. Außerdem beriet lifeline mehrere Amtsvormünder in ihrer Tätigkeit. In 12 Fällen vermittelte der Vormundschaftsverein den Jugendlichen einen Rechtsbeistand. In acht Fällen konnten minderjährige Flüchtlinge trotz ihres unsicheren Aufenthaltsstatus in psychotherapeutische Behandlung gebracht werden. Es wurden acht junge Volljährige von *lifeline* begleitet, von denen drei in therapeutischer Behandlung waren. Die nachgehende Beratung ist von großer Bedeutung, da die Betroffenen zwar von einem auf den anderen Tag volljährig aber nicht immer auch erwachsen werden.

Die *lifeline*-Kinder kamen 2005 aus: Afghanistan, Armenien, Albanien, Sudan, Angola, Kongo, Jemen, Aserbaidschan, Russische Föderation, Algerien, Türkei, Serbien/ Montenegro, Irak, Iran, Syrien, Rwanda und Dagestan.

Schulungen

2005 wurden Schulungen für VormünderInnen zu den folgenden Themen durchgeführt:

- Konzentrations- und Schlafstörungen bei UMF.
- HIV/Aids Prophylaxe,
- Straffälligkeit bei UMF.

Vernetzung

Der Verein *lifeline* arbeitet kooperationsorientiert und pflegt Netzwerke:

Mit VertreterInnen des Landesbeirates der Abschiebungshaft in Schleswig-Holstein erfolgte eine gemeinsame Bestandsaufnahme bezüglich der Beratung und Betreuung jugendlicher Inhaftierter. Ende Oktober fand ein Besuch der JVA in Neumünster zwecks Absprache über den Verwaltungsund psychosozialen Umgang mit UMF in der dortigen Abschiebehaft statt. Bis Ende Oktober waren dort 13 UMF in Abschiebehaft. Inzwischen hat der Verein *lifeline* eine generelle unüberwachte Besuchserlaubnis für die JVA in Neumünster.

Mit dem Ziel eines Clearingverfahrens für alleinstehende jugendliche Flüchtlinge in Schleswig-Holstein arbeitete *lifeline* mit dem Landesflüchtlingsbeauftragten.

Gegenüber Landes-/Kommunalbehörden war die *Inobhutnahme von UMF bis 18* durch das am 01.10.2005 inkraftgetretene Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz (KICK) und insbesondere den dort enthaltenen § 42 SGB VIII Thema. Regelmäßige Kontakte auch zum Jugendministerium und zum Innenministerium bzgl. Einzelfällen, Richtlinien, Erlasse etc. fanden im Berichtszeitraum statt.

Der Verein nahm im Laufe des Jahres Kontakt zu kommunalen und freien Trägern und Teams verschiedener Gemeinschaftsunterkünfte in Schleswig-Holstein auf.

Vom Landesamt für Ausländerangelegenheiten in Neumünster/Lübeck erhielt der Verein auch im Jahr 2005 *Statistiken* über die Anzahl der jeweils angekommenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Schleswig-Holstein. In der Regel wurden die UMF in 2005 vom Landesamt in die Nähe der VormünderInnen dezentral weiter verteilt.

In der Einzelfallarbeit kooperiert der Verein regelmäßig und gut mit Migrationssozialberatungsstellen, Betreuungsverbänden, Fachdiensten und zahlreichen engagierten Einzelpersonen. Bundesweit ist der Verein lifeline e.V. mit dem Bundesfachverband UMF, terre des hommes und PRO ASYL vernetzt.

Marianne Kröger



Koordination des Bündnisses Bleiberecht Schleswig-Holstein

Das schleswig-holsteinische Bündnis "Recht auf Bleiberecht" hat sich 2002 gegründet, wird vom Flüchtlingsrat koordiniert und setzt sich aus inzwischen 35 gesellschaftlichen Organisationen u.a. aus Kirche, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Migrationsfachstellen und Solidaritätsgruppen

zusammen. Es wirbt gegenüber Politik und Gesellschaft für ein großzügiges Bleiberecht für langjährig Geduldete, andere Ausreisepflichtige und Asylsuchende auch in Schleswig-Holstein. Mehr Informationen zum Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein im Internet: www.hiergeblieben.info

Von den Bündnispartnern beteiligen sich rund zehn Organisationen regelmäßig an der aktionsorientierten Bündnisarbeit. Dazu lädt der Flüchtlingsrat regelmäßig zu Bündnistreffen ein, bei denen gemeinsame Aktionen geplant werden, wie in 2005 z.B.:

- 08.06.2005: Aktionstag zur Bleiberechtskampagne in Kiel
- 20.06.2005: Aktion zur Unterschriftenübergabe an IM Ralf Stegner beim Innenministerium.
- 31.10. & 01.11.2005: Aufführungen des Theaterstücks "Hier geblieben!" des Grips-Ensembles aus Berlin in Kiel und Lübeck.
- Pressearbeit zu den Innenministerkonferenzen in Stuttgart und Karlsruhe.

Martin Link





baltic-refugee.net: Ostseekooperation in der Flüchtlingshilfe

Seit 2001 betreibt der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein die Internet-Seite www.baltic-refugee.net Diese Seite soll dem Informationsaustausch und der Vernetzung der solidarischen

Flüchtlingshilfe in der Ostsee-Region dienen. Angesichts der Harmonisierung der EU-Asylpolitik und der EU-Osterweiterung besteht dafür ein dringender Bedarf.

Auf der Website sind im Berichtsjahr Informationen über die Asylpolitik und –gesetzgebung in den verschiedenen Ostseeanrainerstaaten, Hinweise auf Entwicklungen in der EU-Politik und Adressen und Links zu Organisationen und Beratungsstellen der Flüchtlingshilfe in der Region sowie zu Behörden und Texte zu nationalen gesetzlichen Regelungen aktualisiert worden.

Diese Informationen dienen Flüchtlingen, die z.B. auf dem Weg vom Baltikum/Polen oder nach Skandinavien in Schleswig-Holstein gestrandet sind. Die in deutscher und englischer Sprache gehaltene Seite dient auch der Vernetzung von UnterstützerInnen und FlüchtlingsberaterInnen, die in den unterschiedlichen Ostseeanrainerländern arbeiten und hier webgestützt übersicht-

liche Kontakte finden und sich über die jeweils unterschiedliche Rechtslage einen ersten Überblick verschaffen können. Mehr Informationen zum Projekt: www.baltic-refugee.net

Martin Link



NISCHE- Netzwerk Illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein

Der Flüchtlingsrat ist im Netzwerk für illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein (NISCHE) vertreten. NISCHE ist Ort der Vernetzung und des Informations- und thematischen

Erfahrungsaustausches von Gruppen, Einrichtungen und Organisationen.

NISCHE arbeitet unterschiedlichen Zielgruppen durch Information zu: z.B. für LehrerInnen, ÄrztInnen, RechtsanwältInnen, SozialarbeiterInnen und versucht durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen für die Lebensbedingungen von Illegalisierten zu sensibilisieren. Im Berichtszeitraum bestanden zwei Arbeitsgruppen. Der Flüchtlingsrat ist in der AG "Öffentlichkeitsarbeit" aktiv. Die andere Arbeitsgruppe befasst sich mit Möglichkeiten der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Menschen ohne Papiere. Dort lag im Berichtszeitraum der Schwerpunkt bei der Durchsetzung verbesserter Möglichkeiten der Gesundheitsversorgung. Dazu finden Gespräche und Arbeitskreise mit dem Land, der Ärztekammer und den Gesundheitsämtern statt.

Aktivitäten in 2005:

 Die AG Öffentlichkeitsarbeit hat drei Faltblätter "Menschen ohne Papiere" hergestellt und landesweit verbreitet:
 1. Hinweise für Dolmetscherinnen und Dolmetscher, 2. Hinweise für Arbeitgeberlnnen und Gewerkschafterlnnen sowie 3. Hinweise für Ärztinnen und Ärzte sowie Beschäftigte im Gesundheitswesen.

- Daneben konnte u.a. durch das ehrenamtliche Engagement von Andrea Storke von Grenzgänger e.V., Neumünster, eine Homepage realisiert werden: www.nischesh.de, auf der Hintergrundinformationen, aktuelle Nachrichten, Veranstaltungstermine etc. zu finden sind.
- Im Mai zeigte das Kommunale Kino in Kooperation mit NISCHE den Film "Invisible – Menschen ohne Papiere" mit anschließender Diskussion mit VertreterInnen von NISCHE.
- Reinhard Pohl stellte als Vertreter der AG Öffentlichkeitsarbeit das Netzwerk im August im Kieler MigrantInnenforum sowie auf der Sitzung der Personalräte/ Betriebsräte im DGB vor.
- In der Septemberausgabe des Kieler Stadtmagazins station wurde ein Artikel veröffentlicht, der das Anliegen von NISCHE sowie die Offenheit der Arbeitsgruppe "Öffentlichkeitsarbeit" für Interessierte deutlich machte.
- VertreterInnen beider AGs von NISCHE beteiligten sich auch an der Fachtagung in der Ärztekammer Schleswig-Holstein zur

- "Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Aufenthaltsrecht" im September in Bad Segeberg. Im Vorfeld der Tagung veröffentlichte Reinhard Pohl für NISCHE einen Artikel zur Situation von Illegalisierten im Ärzteblatt mit Hinweis auf das Netzwerk und die thematischen Informationsblätter.
- Außerdem beteiligte sich die AG Öffentlichkeitsarbeit an der Fachtagung
 "Transnationale Krankenkassentage"
 in Hamburg im Oktober zum Thema:
 Medizinische Versorgung von Menschen
 ohne Papiere". Die Tagung diente dem
 Austausch und der Vernetzung in diesem
 Bereich aktiver Gruppen und Initiativen.
- Im November 2005 veranstaltete die AG Öffentlichkeitsarbeit in Kooperation mit Hof Akkerboom die Lesung: Barney B. Hallmann liest Mankell; Auszüge aus "Teabag" im Hof Ackerboom in Kiel.

Die Liste der Mitglieder und weitere Informationen zum Netzwerk NISCHE im Internet: www.nische-sh.de.

Claudia Langholz, Astrid Willer



Unterschriftenübergabe beim Kieler Innenministerium für ein Bleiberecht langjährig Geduldeter am 20.6.2005 durch Flüchtlinge aus Kiel, SchülerInnen aus Neumünster und Unterstützungsinitiativen aus Rendsburg.



Härtefallkommission beim Innenministerium Schleswig-Holstein

Bericht der VertreterInnen des Flüchtlingsrates in der HFK für das Jahr 2005

ī

Vertreter des Flüchtlingsrates in der Härtefallkommission waren bis März 2005 Peter Martensen, Wobbenbüll und Arno Köppen, Tellingstedt. Stellvertreterinnen waren bis dahin Sylke Willig, Rieseby und Solveig Deutschmann, Brammer. Ab April 2005 sind Vertreter des Flüchtlingsrates in der Härtefallkommission, Arno Köppen, Tellingstedt, und Silke Nissen, Drage. Stellvertreterinnen sind Solveig Deutschmann, Brammer, und Leman Rüschemeyer, Bargteheide.

Die Geschäftsstelle der Härtefallkommission beim Innenministerium lädt zu den jeweiligen Sitzungsterminen. In der Regel ist der Flüchtlingsrat vollständig vertreten. Bei Verhinderung ist es gebräuchlich, hierüber vorab zu informieren. Bei sämtlichen 11 Sitzungen der Härtefallkommission im Jahr 2005 waren beide Vertreter des Flüchtlingsrates und mindestens eine Stellvertreterin anwesend, so dass der Flüchtlingsrat in allen Sitzungen voll stimmberechtigt war.

II.

Im vorliegenden Berichtszeitraum hat die Härtefallkommission insgesamt 11 x getagt: am 27. / 28.01.2005 (Doppelsitzung), am 01.03.2005, 05.04.2005, 03.05.2005, 31.05.2005, 28.06.2005, 09.08.2005, 30.08.2005, 27.09.2005, 01.11.2005 und 06.12.2005.

Beim Flüchtlingsrat selbst hat das Härtefallkommissionsgremium daneben im Berichtszeitraum 2 x getagt.

III.

Seit dem Jahr 2005 ist die Härtefallkommission beim Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein zuständig für die Entgegennahme und Bearbeitung von Anrufungen mit dem Ziel einer Aufenthaltsgewährung in Härtefällen.

Rechtsgrundlage hierfür ist § 23a Aufenthaltsgesetz und § 10 der Ausländer- und Aufnahmeverordnung Schleswig-Holstein vom 19.01.2000 in der Fassung vom 11.01.2005. Die Zusammensetzung der Härtefallkommission ergibt sich dabei aus § 11 der Ausländer- und Aufnahmeverordnung Schleswig-Holstein. Das weitere Verfahren ergibt sich aus §§ 12 bis 17 der Ausländer- und Aufnahmeverordnung Schleswig-Holstein. Nach § 11 Absatz 1 der Ausländer- und Aufnahmeverordnung Schleswig-Holstein ist die Härtefallkommission ein behördenunabhängiges Gremium, dass sich aus jeweils zwei Vertreterinnen oder Vertretern der öffentlich rechtlichen Religionsgemeinschaften, der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände, der Migrantenund Flüchtlingsorganisationen von überörtlicher Bedeutung, der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände und des Innenministeriums zusammensetzt. Für jedes dieser zehn Mitglieder ist zugleich eine Stellvertretung zu benennen. Die Benannten werden durch das Innenministerium als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der Härtefallkommission bestellt.

Nach § 15 Absatz 4 der Ausländer- und Aufnahmeverordnung Schleswig-Holstein entscheidet die Härtefallkommission nach Abwägung aller für und gegen das Begehren sprechenden Gesichtspunkte.

Die Härtefallkommission ersucht sodann das Innenministerium, die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis anzuordnen, wenn nach ihren Feststellungen dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit der Ausländerin oder des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen.

Nach § 16 Absatz 2 der Ausländer- und Aufnahmeverordnung Schleswig-Holstein trifft das Innenministerium im Falle eines derartigen Härtefallersuchens die Entscheidung nach § 23a Absatz 1 Aufenthaltsgesetz. Damit ist es letztlich der Minister, der die abschließende und maßgebliche Entscheidung trifft. Die Härtefallkommission orientiert sich bei ihren Beratungen und Beschlussfassungen an den von ihr gemäß § 12 Absatz 3 der Ausländer- und Aufnahmeverordnung Schleswig-Holstein beschlossenen Verfahrensgrundsätze. Diese Verfahrensgrundsätze sind in der ersten Sitzung der Härtefallkommission am 27.01.2005 beschlossen worden und auf der Internetseite der Landesregierung oder über die Internetseite des Flüchtlingsrats einzusehen.

IV.

In der ersten Sitzung am 27./28.01.2005 und auch noch in der zweiten Sitzung am 01.03.2005 sind vorwiegend diejenigen

Pressekonferenz des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein am 8.6.2005 zur Abschiebung der kurdischen Familie Özdemir aus Norderstedt



NETZWERKE UND ZUSAMMENARBEIT



Ausflug mit Flüchtlingen aus Norderstedt

Fälle beraten worden, die sich in den vorangegangenen Monaten bereits als potenzielle Härtefalle in der Geschäftsstelle der Härtefallkommission angesammelt hatten. Eine vorzeitige Beendigung des Aufenthaltes vor Entscheidung der Härtefallkommission wurde durch einen entsprechenden Vorgriffserlass des Innenministeriums verhindert.

V.

Vor den jeweiligen Sitzungsterminen sind den Vertretern und Stellvertreterinnen seitens der Geschäftsstelle der Härtefallkommission die einzelnen Fälle übersandt worden. Zu jedem einzelnen Fall gehören die Antragsunterlagen, der wesentliche Inhalt aus der ausländerrechtlichen Verfahrensakte, der wesentliche Inhalt des Asylverfahrens, weitere durch die Geschäftsstelle eingeholte Informationen sowie eine zusammenfassende Vorstellung des jeweiligen Falles verbunden mit einem ersten Entwurf eines Beschlussvorschlages.

Jeder einzelne dieser Fälle wird im Sitzungstermin zunächst von der Geschäftstelle noch einmal vorgestellt. Neuer Sachverhalt wird hierbei vorgetragen und in der Regel durch die Vorlage der entsprechenden neuen Belege zusätzlich transparent gemacht. Sodann wird über den Fall beraten. Dies geschieht regelmäßig in einer von Sachargumenten geprägten Atmosphäre. Auch die an den Sitzungen beteiligte (nicht stimmberechtigte) Fachaufsicht des Innenministeriums trägt hierzu bei und liefert insbesondere Informationen zur Rechtslage. Nach Diskussionsschluss wird der Fall zur Abstimmung gestellt und das Ergebnis, ob ein Härtefallersuchen an den Innenminister gestellt wird, bekannt gegeben.

Wird entschieden, dass kein Härtefallersuchen an den Innenminister gerichtet wird, so werden regelmäßig Empfehlungen an die Antragsteller formuliert. Zum Beispiel empfiehlt die Kommission, zur Vorbereitung der Ausreise die Unterstützung durch eine Migrationssozialberatungsstelle in Anspruch zu nehmen und den Betroffenen anzuraten, sich ihrer Ausreiseverpflichtung nicht zu entziehen und freiwillig auszureisen, um zum Beispiel später mögliche Besuchsaufenthalte bei hier in Deutschland lebenden Verwandten nicht zusätzlich noch zu erschweren.

Daneben erhält regelmäßig auch die Ausländerbehörde von der Kommission einen Zusatz. Bei Hinweisen auf eine psychische Erkrankung ist von der Kommission häufig an die Ausländerbehörde herangetragen worden, dass vor Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen eine amtsärztliche Stellungnahme zur Reisefähigkeit der Betroffenen und damit zur Frage, ob ein inlandsbezogenes Vollstreckungshindernis vorliegt, eingeholt wird. Hierbei ist regelmäßig auch auf den maßgeblichen Erlass des Schleswig-Holsteinischen Innenministeriums vom 14.03.2005 hingewiesen worden.

VI.

In der Härtefallkommission sind im Jahr 2005 insgesamt 188 Fällen mit 455 Betroffenen entschieden worden. In 134 Fällen mit 356 Betroffenen ist beraten und beschlossen worden. Hiervon sind in 70 Fällen mit 181 Betroffenen Härtefallersuchen an den Innenminister gestellt worden. Von diesen 70 Härtelfallersuchen hat der Innenminister 65 Fälle mit 169 Betroffenen umgesetzt und fünf Fälle mit 12 Betroffenen nicht umgesetzt.

Die Geschäftsstelle der Härtefallkommission hat in 54 Fällen mit 99 Betroffenen nach Vorprüfung entschieden. Diese Fälle sind der Härtefallkommission selbst nur in den Sitzungen vorgestellt worden. Die Vorprüfung durch die Geschäftsstelle der Härtefallkommission, die in § 14 der Ausländer- und Aufnahmeverordnung Schleswig-Holstein geregelt ist, hat davon in 12 Fällen durch

gezielte Beratung der zuständigen Ausländerbehörde eine positive Entscheidung erreicht. Hiervon waren 21 Personen betroffen. In 19 Fällen mit 49 Betroffenen ist auf andere zielführende Verfahrensmöglichkeiten, deren Prüfungen noch andauern, verwiesen worden. In neun Fällen mit zehn Betroffenen ist ein Ausschlussgrund im Sinne der Verfahrensgrundsätze offensichtlich erfüllt gewesen. In sechs Fällen mit acht Betroffenen lagen offensichtlich fehlende Erfolgsaussichten im Sinne der Verfahrensgrundsätze vor. Daneben gab es noch acht sonstige Fälle mit elf Betroffenen. Hierbei handelte es sich

im Wesentlichen um diejenigen Anrufungen, die keinen Aufenthaltstitel nach § 23a Aufenthaltsgesetz zum Ziel hatten.

VII.

Die schwerpunktmäßig vorgetragenen Gründe der Betroffenen waren langjähriger Aufenthalt mit besonderer Integration in 80 Fällen (251 Personen), langjähriger Aufenthalt junger Erwachsener, wenn Integration erkennbar ist oder erwartet wird in 33 Fällen (43 Personen), schwerste gesundheitliche Problematiken, die im Herkunftsland nicht adäquat behandelt werden können in 12 Fällen (46 Personen) und die Trennung von hier rechtmäßig lebenden Verwandten bei Unzumutbarkeit der Lebensführung im Herkunftsland, wenn Integration erkennbar ist oder erwartet wird, in acht Fällen (13 Personen).

VIII.

Im Gegensatz zu den Vorjahren konnte damit eine höhere Erfolgsbilanz verbucht werden. In den Vorjahren waren in etwa 15 % der Härtefallanträge erfolgreich - allerdings bei verschiedenartiger Zielsetzung der einzelnen Anträge. Die Erfolgsquote im Jahr 2005 liegt dem gegenüber bei 41 % der Fälle (42 % der betroffenen Personen). Dem steht eine Ablehnungsquote von 49 % aller Fälle (47 % der betroffenen Personen) gegenüber. In zehn % aller Fälle (11 % der betroffenen Personen) werden andere zielführende Verfahrensmöglichkeiten noch geprüft.

IX.

Die Vorbereitung der jeweiligen Sitzungen der Härtefallkommission erfordert durchschnittlich eine Vorbereitungszeit pro Vertreter / Vertreterin bzw. Stellvertreterin von 20 Stunden monatlich. Hinzu kommt die eigentliche Sitzungszeit von mindestens vier Stunden.

gez. Arno Köppen, Silke Nissen, Solveig Deutschmann, Leman Rüschemeyer



Der Vereinszweck des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V.

(Auszug aus der Satzung)

Der Verein trägt den Namen "FLÜCHT-LINGSRAT SCHLESWIG-HOLSTEIN e. V.".

Er wurde am 12.10.1991 gegründet. Er hat seinen Sitz in Kiel und ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Kiel eingetragen. Gerichtsstand ist Kiel.

§ 2

Der Verein versteht sich als landesweite parteiunabhängige und demokratische Vertretung derjenigen, die sich für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein einsetzen.

Zweck des Flüchtlingsrates ist es, die Situation der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein zu verbessern, für die Achtung ihrer menschlichen Würde einzutreten und ein besseres Zusammenleben zwischen Einheimischen und Flüchtlingen zu fördern.

Dazu

 koordiniert er Aktivitäten von Initiativen von Flüchtlingen und für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein,

- schafft er Verbindungen der Gruppen und Einzelpersonen untereinander und zu politischen und sozialen Institutionen und Verbänden,
- fördert er den Austausch von Informationen zwischen den Gruppen und die Vertretung relevanter Informationen,
- koordiniert er politische Aktionen,
- nimmt er Einfluss auf den Entscheidungsprozeß der Ausländergesetzgebung im Land,
- vertritt er die Flüchtlingsarbeit gegenüber politischen Parteien, sozialen Institutionen und Verbänden, der Landesregierung etc. in Fragen der Flüchtlingsproblematik von überregionaler Bedeutung.
- führt er Bildungsveranstaltungen und Schulungen durch und ist Träger von Projekten und Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung.
- engagiert er sich auf der Grundlage von EU-Richtlinien und Bundesgesetzen in

- Gremien, Kampagnen und politischen Initiativen für den Schutz vor Diskriminierung aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft.
- übernimmt und koordiniert der Verein Vormundschaften, insbesondere für minderjährige Flüchtlinge und betreibt Schulung, Begleitung und Werbung von EinzelvormünderInnen.

Der Verein verfolgt keinen Erwerbszweck, sondern ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

- versteht sich als landesweite, parteiunabhängige und demokratische Vertretung derjenigen, die sich für Flüchtlinge und Ausländer in Schleswig-Holstein einsetzen,
- koordiniert und berät die Arbeit von Flüchtlingsinitiativen und fördert das Verständnis für Flüchtlinge und Ausländer in der Öffentlichkeit,
- setzt sich politisch für die Rechte der Flüchtlinge und die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse ein, durch Kontakt mit der Regierung, Verwaltung und parlamentarischen Gremien in Schleswig-Holstein,
- arbeitet bundesweit eng zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL e.V. und den anderen Landesflüchtlingsräten.



An den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Oldenburger Str.25 24143 Kiel Tel.: 0431-735 000

Fax: 0431-736 077 Email: office@frsh.de Absender: Name: Anschrift:

Telefon/Fax:

Email:

- O Ich interessiere mich für die Arbeit und bitte um weitere Informationen.
- O Ich möchte Mitglied beim Flüchtlingsrat werden und hiermit meinen Beitritt erklären:
 - O als individuelles Mitglied
 - O als delegiertes Mitglied der Gruppe/Organisation:

Mein jährlicher Mitgliedsbeitrag beträgt:

- O den Regelbeitrag von 18,40 Euro
- O den ermäßigten Beitrag von 9,20 Euro
- O den mir genehmen Beitrag von Euro
- O ich beantrage eine beitragsfreie Mitgliedschaft
- O Ich ermächtige den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. diesen Beitrag von meinem Konto abzubuchen.

Konto-Nr.:

BLZ:

Bankverbindung:

Datum:

Unterschrift:

Das Leitbild

des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V.

Die Struktur

- Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ist der landesweite Zusammenschluss der Flüchtlingssolidarität und Flüchtlingsselbsthilfe in Schleswig-Holstein.
- Er ist Fachverband, Beratungsund Dienstleistungsstelle sowie politisches Vertretungsorgan von Selbstorganisationen, Mitgliedsgruppen und Einzelpersonen.
- Seine Organe und Instrumente sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und die Geschäftsstelle.

Die Philosophie

- Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. sind seine Mitglieder.
- Diese treten ein für eine Gesellschaft, die uneingeschränkt die Menschenwürde aller achtet.
- Der Flüchtlingsrat ist parteilich und fordert für alle Menschen, dass sie unbeschadet von jedweder Beschränkung, Diskriminierung und Rassismus, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- Der Flüchtlingsrat leistet direkte Hilfe.

Die Definition

- "Flüchtlinge" im Sinne des Flüchtlingsrates sind alle Migrantinnen und Migranten, die oder deren Angehörige ihr Herkunfts- oder ein Drittland wegen sie dort bedrohender prekärer Situationen verlassen mussten oder dorthin ausreisepflichtig sind.
- Fluchtgründe oder Rückkehrgefährdungen i.d.S. können sein:
 - staatliche oder nichtstaatliche politische Verfolgung,
 - Krieg oder andere militärische Gewalt und ihre Folgen,
 - ethnische oder gruppenspezifische Diskriminierung, Pogrome,
 - geschlechtsspezifische Gewalt, Versklavung,
 - Gefährdungen von Leib und Leben als Folge ökologischer Veränderung oder wirtschaftlicher Globalisierung,
 - medizinische o.a. Unterversorgung.

Über parteilich

- Der Flüchtlingsrat ermittelt, vernetzt und fördert die dezentral im Flächenland in der Flüchtlingssolidarität engagierten Organisationen, Initiativen und Personen.
- Er initiiert und moderiert aus parteilicher Perspektive flüchtlingsund integrationspolitische Diskussionen über institutionelle, weltanschauliche oder ideelle Grenzen hinweg.

Themen & Instrumente

- Der Flüchtlingsrat sondiert akute und mittelfristige Themen und Strategien in internen Gremien (Mitgliederversammlung und FORUM) und übergreifend in Arbeitskreisen und Netzwerken.
- Er setzt diese Themen in Beratung und anderen direkten Hilfen, Aktionen, thematischen Projekten oder Kampagnen um.
- Er vertritt seine flüchtlingspolitischen Anliegen im Zuge regelmäßiger direkter Lobbyarbeit gegenüber Parteien sowie kommunalen, Landesund Bundesbehörden.

Profilierte Vielfalt

- Im Flüchtlingsrat pflegt Meinungsvielfalt bei gleichzeitiger Strategie- und Bündnisfähigkeit.
- Dies ist Ausdruck seines interkulturellen Profils, Grundlage seiner politischen Handlungsfähigkeit und erhält öffentliche Transparenz.

Gesellschaftliche Ziele

- Im Zuge seiner Öffentlichkeitsarbeit macht der Flüchtlingsrat die Ursachen und Verursacher von Flucht- und Migrationsbewegungen transparent, skandalisiert Rechtslagen und administrative Ausgrenzungen.
- Er legt die einer solidarischen Zivilgesellschaft entgegenstehenden Interessenlagen offen, diskutiert Motive und Konsequenzen nationaler Ausgrenzungs- und europäischer Abschottungspolitik.
- Gleichzeitig wirbt er gegenüber Politik und Gesellschaft für parteiliche

Solidarität, für Respekt und für die Integration aller Flüchtlinge.

Förderung

- Der Flüchtlingsrat fördert die Kompetenz seiner Mitglieder durch themenspezifische Schulungen und Bildungsangebote.
- Der Flüchtlingsrat reagiert auf besondere Marginalisierungsbedingun gen. Hierbei realisiert er exemplarische Projekte zur Integrationsförderung spezieller Gruppen und setzt bspw. Kampagnen zur Beseitigung struktureller Diskriminierungen um.

Empowerment

- Der Flüchtlingsrat fördert durch strukturelle und direkte Hilfen Selbstorganisation und Empowerment.
- Der Flüchtlingsrat vermittelt und gewährt seinen Mitgliedern im Rahmen seiner Möglichkeiten Beratung und materielle und informative Strukturhilfen.

Das Mandat

- Die Menschenrechtsarbeit des Flüchtlingsrates ist antirassistisches zivilgesellschaftliches Engagement.
- Das von ihm Geleistete entspricht weitgehend staatlicher Pflichtaufgabe bei der Aufnahme, der Schutzgewährung und Integrationsförderung von Flüchtlingen.

Solidarität kostet Geld

- Der Flüchtlingsrat finanziert seine Arbeit – bei strikter Wahrung seiner Unabhängigkeit – wo es möglich ist durch öffentliche Gelder, Drittmittel und Spenden.
- Der Flüchtlingsrat organisiert und fördert die Möglichkeit direkten wie indirekten Engagements.

Beraten in den Mitgliederversammlungen im Februar und Juni 2004 und beschlossen durch die Mitglieder am 15. September 2004.